

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement - Preis pränumerando:
Wierteljährlich 2.50 RM. monatlich 1.10 RM.

Vorwärts

Die Interfons-Gebühr
Betragt für die hochgehaltenen Rotom-
gelle oder deren Raum 50 Pfg. für
politische und gesellschaftliche Berich-

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Donnerstag, den 25. Februar 1915.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Hefrige Kämpfe bei Augustow und in den Karpathen.

Westlicher Kriegsschauplatz.
Der französische Tagesbericht.

Paris, 24. Februar. (W. L. B.) Amtlicher Bericht
von gestern nachmittag 3 Uhr: Dem Communiqué
von gestern abend ist nichts Bedeutendes hinzuzufügen.

Paris, 24. Februar. (W. L. B.) Amtlicher Bericht
von gestern abend. Der Tag war verhältnismäßig
ruhig, außer in der Champagne, wo der Kampf unter
günstigen Bedingungen fort dauert.

Ausländer als französische Kriegs-
freiwillige.

Paris, 23. Februar. (W. L. B.) „Matin“ schreibt: Seit
dem 18. August 1914 sind 28 266 Ausländer als Kriegs-
freiwillige für die Dauer des Krieges in die französische
Armee eingetreten.

Der Seekrieg.

Keine Beschwerde Amerikas.

London, 24. Februar. (W. L. B.) Das Neuterische Bureau
meldet aus Washington: Präsident Wilson betrachtet den Ver-
lust des Dampfers „Covlyn“ als einen unglücklichen Zufall.

Ein englischer Transportdampfer versenkt.

Berlin, 23. Februar. (W. L. B.) Gestern nachmittag
4 Uhr 45 Minuten ist der englische Truppentrans-
portdampfer 192 bei Beachy Head durch ein deutsches
Unterseeboot zum Sinken gebracht worden.

Weitere englische Schiffe vermisst.

London, 24. Februar. (W. L. B.) Der Dampfer „Membrand“,
8027 Tonnen groß, von Hull nach dem Tyne unterwegs, wird seit
vorgestern vermisst.

Die Meldung des Großen Hauptquartiers

Amtlich. Großes Hauptquartier, den
24. Februar 1915. (W. L. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

In der Gegend von Perthes (in der
Champagne) griffen die Franzosen gestern nach-
mittag mit zwei Infanterie-Divisionen an; es kam
an mehreren Stellen zu erbitterten Nahkämpfen,

In den Vogesen machten unsere Angriffe
gegen Sulzern und Ampfersbach (westlich Stoß-
weier) Fortschritte. In den Gefechten der letzten
Tage machten wir 500 Gefangene.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Ein erneuter feindlicher Vorstoß aus Grodno
wurde mühelos abgewiesen. Südöstlich Augustow
gelang es gestern den Russen, an zwei Stellen
über den Bobr vorzukommen; bei Szabin ist der
Gegner wieder zurückgeworfen, in der Gegend
von Krasnybor ist der Kampf noch im Gange.

Ostlich Skierniewice wurde ein russischer
Nachtangriff abgeschlagen.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 24. Februar. (W. L. B.) Amtlich wird ver-
lautbart: 24. Februar 1915.

An der polnisch-galizischen Front herrscht,
abgesehen von vereinzelt lebhaften Geschüßkämpfen und
stellenweisem Geplänkel, größtenteils Ruhe.

Die Situation in den Karpathen ist im allgemeinen
unverändert. In den gestrigen Kämpfen am obersten San
wurde eine Höhe erstürmt, fünf Offiziere, 198 Mann gefangen
genommen.

Die Kämpfe südlich des Dnjepr nehmen noch weiter an
Umfang und Ausdehnung an.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes
von Hofer, Feldmarschalleutnant.

London, 24. Februar. (W. L. B.) Meldung des Neuter-
schen Bureau. Der Dampfer „Frankome“, der
sich auf der Fahrt von Newhaven nach Cardiff befand, ist
gestern nachmittag 2 Uhr südöstlich Beachyhead auf eine Mine
gestoßen oder von einem Torpedo getroffen worden.

Ein Angriff auf ein Postboot.

Nichtamtlich. London, 24. Februar. (W. L. B.) Die Admi-
ralität meldet: Das Postboot von Folkestone nach Boulogne wurde
gestern abend durch ein Unterseeboot angegriffen, bald nachdem es den
Hafen von Boulogne verlassen hatte.

Der Postdienst.

Amsterdam, 24. Februar. (W. L. B.) „Telegraaf“ erfährt aus
London aus amtlicher Quelle, daß der Postdienst nach
Holland wieder aufgenommen werden soll.

Halbe Maßnahmen.

Nachdem das preussische Abgeordnetenhaus sich länger
als eine Woche hinter verschlossenen Türen über die wirtschaft-
lichen Kriegsmassnahmen zur Sicherung der Volksernährung
unterhalten hat, dürfte eine Kritik der bisher getroffenen
Massnahmen an der Hand der stenographischen Sitzungs-
berichte am Platze sein, um so mehr, da bisher in der Presse
nur ein offizieller Bericht erschienen ist, der gerade über
wichtige Punkte die nötige Klarheit vermissen läßt.

Vorweg sei bemerkt, daß es sich naturgemäß nicht um
Massnahmen der preussischen Regierung, sondern des Bundes-
rats handelt, daß aber alles, was geschehen ist, auf Anträge
oder Anregungen Preußens im Bundesrat zurückzuführen ist.
Leider ist man zu spät ans Werk gegangen. Die Waffen-
rüstungen zu Wasser, zu Lande und in der Luft hat man seit
Jahrzehnten systematisch betrieben, aber an der wirtschaft-
lichen Kriegsrüstung hat man es fehlen lassen. Die Folge
davon waren schwere Störungen im Wirtschaftsleben, Stö-
rungen, die vermieden worden wären, wenn die verantwort-
lichen Stellen rechtzeitig Massnahmen getroffen hätten. Ber-
eignet wir nicht, daß infolge der Unterbindung der Zufuhr
von Futtermitteln aus dem Auslande noch bis in die letzten
Monate hinein erhebliche Mengen Roggen verfault sind.
Viel zu spät hat die Regierung sich zu der Erkenntnis durch-
gerungen, daß diesem Unfug ein Ende gemacht werden müsse,
und als sie sich endlich entschloß, dagegen einzuschreiten, da
ist sie auf halbem Wege stehen geblieben. Die Höchstpreise
für Getreide sind nicht nur bei weitem zu hoch bemessen, sie
können auch ihren Zweck nicht erreichen, weil man nur das
Getreide, nicht aber auch das der menschlichen Ernährung
dienende Brot mit Höchstpreisen belegt hat. Nicht mit Un-
recht hat sich die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses
auf den Standpunkt gestellt, daß gleichzeitig mit dem Erlaß
von Höchstpreisen auch der Konsum hätte geregelt werden
müssen. Der sozialdemokratische Parteivorstand und die
Generalkommission der Gewerkschaften haben gleich nach Aus-
bruch des Krieges ihre warnende Stimme erhoben und auf
die dem Volke drohenden Gefahren aufmerksam gemacht, die
Regierung hat die Warnungen in den Wind geschlagen und
das ihr unterbreitete Programm verworfen. Den Schaden
davon hat die Gesamtheit des Volkes.

Der Mangel eines Höchstpreises für Mehl und Brot ist
durch die Bundesratsverordnung vom 25. Januar keineswegs
beseitigt worden. Zwar betreibt nun die Kriegsgetreide-
gesellschaft die Zuweisung der erforderlichen Mengen Mehl
an die einzelnen Gemeinden, sie hat die Möglichkeit, hierbei
auf bestimmte Mehlpreise einzuwirken, aber Höchstpreise für
Brot sind damit noch lange nicht geschaffen, dem Brotwucher
durch einzelne Personen ist nach wie vor Tür und Tor ge-
öffnet. Die erwähnte Kriegsgetreidegesellschaft war ursprüng-
lich gegründet zu dem Zweck, durch freien Ankauf Getreide-
vorräte aufzuspeichern, um für jeden Fall bis zur neuen
Ernte das Volk mit Brotkorn sichergestellt zu wissen. Mit
der fortschreitenden Organisation des Brotverbrauchs ist die
Gesellschaft zu einer Zentralstelle für den gesamten Getreide-
handel und die gesamte Mehllieferung Deutschlands ge-
worden, von der wir erwarten wollen, daß sie der Kritik
aus landwirtschaftlichen Kreisen zum Trotz ihrer Aufgabe ge-
recht wird, soweit das unter den obwaltenden Verhältnissen
möglich ist.

An den Höchstpreisen selbst ist mancherlei anzusehen.
Den von landwirtschaftlicher Seite erhobenen Einwand freilich
können wir nicht gelten lassen, der sich dagegen richtet,
daß das beschlagnahmte Getreide nur zu dem Preise abge-
nommen wird, den es am Tage der Beschlagnahme hat, nicht
aber zu dem höheren Preise, den es am Tage der Lieferung
hat. Das Verlangen der Landwirte, den Preis entsprechend zu
erhöhen, müssen wir im Interesse der Volksernährung rund-
weg von der Hand weisen. Auch die Landwirte sollten
sich endlich bescheiden, ihre Gewinne sind wahrlich hoch genug.
Das wissen sie selbst, und deshalb bemühen sie sich fortgesetzt,
die Schuld an zu hohen Preisen von sich abzuwälzen und die
Händler dafür verantwortlich zu machen. Wir sind die letzten,
die den Zwischenhandel von Schuld freisprechen wollen, aber
so liegen die Dinge denn doch nicht, daß die Produzenten sich
als harmlose Lämmer hinstellen dürfen, die kein Wasserlein
trüben können. Wir sind mit der Mehrheit der Kommission
der Meinung, daß gegen Umgehung der Höchstpreise Sicher-
ung durch zweckentsprechenden Ausbau des Höchstpreis-
gesetzes und des Verfahrens in weitgehendstem Maße getroffen
werden muß, aber Sicherung nicht nur den Händlern, sondern
auch den Produzenten gegenüber.

Ebenso wenig stellen wir die in der Kommission gerügte
Uebertreibung des kaufenden Publikums bei Kartoffel-
kleinverkäufen in Abrede. Aber auch hier wieder ist

dem Händler nicht einseitig die Verantwortung in die Schuhe zu schieben. Der Grund liegt tiefer, er ist darin zu erblicken, daß die Regierung von einer Beschlagnahme der Kartoffelbestände nichts wissen will. Angeblich stellen sich bei einer solchen Maßregel technische Schwierigkeiten in den Weg. Ist das der Fall, dann sollte man wenigstens, wie das von unteren Vertretern gefordert ist, den Anzeig- und Verkaufszwang für Kartoffeln einführen. Auch davon wollen die maßgebenden Stellen nichts wissen, und so wird nach wie vor die Bevölkerung für Kartoffeln enorm hohe Preise zu zahlen haben, vorausgesetzt, daß sie überhaupt auf den Markt kommen. Ein Teil dieses notwendigen und unentbehrlichen Nahrungsmittels aber wird in Erwartung eines weiteren Anstiehs der Preise zurückgehalten, ein anderer zur Fütterung der Schweine benutzt werden. Die Folge davon ist, daß die Landwirte sich hüten werden, Schweine in der nötigen Zahl abzuschlachten, und so wird sich zu der Knappheit von Getreide und Kartoffeln die von Schweinefleisch gefellene, nicht weil es an genügenden Vorräten fehlt, sondern aus allzu großer Berücksichtigung der Sonderinteressen eines ohnehin schon bevorzugten Standes. Würde man sich dagegen zur Festsetzung von Höchstpreisen für Schweine entschließen, so könnte dies Unheil abwendet werden, denn dann hätten die Schweinezüchter keine Veranlassung, ihre Bestände noch länger dem Konsum zu entziehen.

Es klingt sehr schön, wenn der Berichterstatter dem Wünsche Ausdruck gibt, daß es gelingen möge, die wirkliche Not von dem Tische der Minderbegüterten fernzuhalten. Vorläufig kann davon, daß die Not gebannt ist, noch keine Rede sein. Soll es nicht bei bloßen Worten sein Bewenden haben, dann beuge man trotz allem, was schon veräußert ist, wenigstens so weit vor, um das Uebel nicht noch zu vergrößern. Noch ist es nicht zu spät, wenn auch schon viel zu viel Zeit nutzlos verstrichen ist. Voraussetzung ist freilich, daß die Regierung ihren Worten die Tat folgen läßt und das tut, was zu tun schon lange ihre Pflicht gewesen wäre.

Norwegische Dampfer durch Minen vernichtet.

Kristiania, 24. Februar. (B. L. B.) Das norwegische Generalkonsulat in London hat am 23. Februar an das Ministerium des Auswärtigen telegraphiert: Das Dampfschiff „Regin“ aus Kristiania ist heute früh in den Dardanellen in die Luft gesprengt worden. Die Besatzung ist an Bord eines englischen Kriegsschiffes gegangen und heute in Dover gelandet und dann nach London weitergeschickt worden. Das Ministerium des Auswärtigen hat telegraphisch die Gesundheitsamt um Abhaltung einer seegerichtlichen Verhandlung ersucht. — Der „Regin“ war ein Dampfer von 1107 Registertons.

Notiz des B. L. B.: Die Lage der Unfallsstelle läßt auf eine englische Mine schließen.

Duiskirchen, 21. Februar. (B. L. B.) Meldung der Agence Havas. Der norwegische Dampfer „Regin“ versank auf der Fahrt vom Thne nach Bordeaux in der Höhe von Dover gestern früh zwischen 6 und 7 Uhr. Die Mannschaft wurde gerettet. Der Dampfer versank im Zeitraum von 10 Minuten.

Weitere Schifffahrtsbeschränkungen.

London, 21. Februar. (B. L. B.) Die Admiralität kündigt Beschränkungen für die Schifffahrt sowohl in der nördlichen als auch in der südlichen Einfahrt der irischen See an.

Deutsche Flugzeuge in England.

London, 21. Februar. (B. L. B.) Aus Colchester wird gemeldet, daß gestern nachmittags sieben feindliche Flugzeuge über Waplin Sands geschickt wurden. Sie flogen in nordwestlicher Richtung.

Auf der Rückzugsstraße.

An der Grenze, 15. Februar 1915.

1.
Mehrere Tage lang sahen wir im Zuge der marschierenden Truppen und fahrenden Kolonnen auf einer der Rückzugsstraßen hinter den fliehenden Russen her. Ein verädeltes Gebiet, Wilder der Verwüstung und Zerstörung hatten sich unseren Augen. Dienstag, den 9., abends, landeten wir im Schilfen in Krampulien. Ein Gewimmel von Menschen, Schilfen und Wagen nahm uns auf. Eine aufgefahrene Feldkassette hatte den letzten Schutz Prote eingehoben, noch in der Nacht sollte sie ihren Standort weiter nach der Grenze verlegen, um immer möglichst dicht bei den vorwärtsführenden Truppen zu bleiben. Vor dem Proviantamt herrschte ein ununterbrochenes An- und Abgehen von Schilfen und Wagen, die Brot und Fourage einnahmen. Es schien ein Chaos von zusammengekauerten Fahrzeugen und schaufelnden Pferden zu sein; trotzdem wendeten sich hin und her Truppen, Batterien und Bagagenzüge, Kanonendonstimmungen erschollen, ein Auf in dem Gewühl folgte mit dem Abzug beladener und mit dem Vorziehen leerer Wagen. Man zwängt sich ein Trupp gefangener Russen durch die Wagenburg. Frühen, in der großen Schwärze, war für die Nacht ihr Quartier. „Das war eine Strapaze“, sagte einer von der Begleitmannschaft. „Montag nachmittags ins Gefecht, abends gegen 11 Uhr hatten wir sie gefangen, einige Stunden später traten wir den Marsch mit den Russen nach hier an. Nun sind wir zum Umfallen müde und hungrig.“

Unser Quartier zeigte die gewohnte Kriegsbesetzung. Fast jeden Tag sind die verlassenen Wohnungen von anderen Truppen bewohnt. Manche kommen spät in der Nacht an und ziehen morgens in allen Richtungen wieder ab. Jeder macht es sich so bequem wie möglich und kümmert die Umordnung, die der Vordermann hinterlassen hat. Durch die zerbrochenen Fensterscheiben pfeift der Wind, treibt der Schnee hinein; ungewisses Geschick steht und liegt umher. Betten sind nicht vorhanden. Ich turnte in dieser Nacht auf einem kurzen schmalen abschüssigen Damensofa herum, und doch wäre mancher Krieger froh, hätte er wenigstens einige Male in der Woche ein solches gutes Quartier. — Am 10. Februar wollten wir Wlalken erreichen. Aber der Herr Winter machte einen Strich durch die Rechnung. Zwei Autos mit dem Generalkommando-

Der türkische Krieg.

Zur Beschließung der Dardanellenforts.

Konstantinopel, 21. Februar. (B. L. B.) Meldung der „Agence Mill“. Das englische Communiqué über die Beschließung der Dardanellen behauptet, daß die Forts am Eingange der Dardanellen zum Schweigen gebracht worden seien, und daß die Beschließung am nächsten Tage fortgesetzt worden sei, ohne daß eines der Schiffe Schaden erlitten habe. Der Widerspruch der aus der englischen Mitteilung hervorhebt, indem sie einerseits sagt, die Forts seien zum Schweigen gebracht worden, andererseits behauptet, daß diese Forts am nächsten Tage wieder beschossen worden sind, stellt eine neue Lüge dar, die sich den durch die englisch-französischen Communiqués bereits verbreiteten anreicht. Das türkische Hauptquartier ermächtigt uns neuerdings, zu erklären, daß die feindlichen Schiffe, die sich am 19. Februar den Forts näherten, die sie nach ihrem Bericht bereits zum Schweigen gebracht zu haben glaubten, von diesen Forts angegriffen wurden. Drei Schiffe wurden schwer beschädigt, eines davon ist wahrscheinlich das Admiralschiff. Nach dem oben erwähnten Datum hat keinerlei Beschließung mehr stattgefunden. Eins von den beschädigten Schiffen gehört zur Klasse der „Queen Mary“.

Der Krieg und die Kolonien.

Vordringen der Engländer in Deutsch-Südwestafrika.

London, 21. Februar. (B. L. B.) Das Reutersche Bureau meldet: Südafrikanische Regierungstruppen besetzten gestern Garub östlich Lüderitzbucht.

Minen gegen Landungstruppen.

London, 21. Februar. (B. L. B.) „Daily Mail“ meldet aus Kapstadt vom 19. Februar: Als Regierungstruppen in Swakop und landeten, explodierten mehrere Minen; ein Deutscher, der am Strande verborgen war, hatte sie zur Explosion gebracht und war getötet.

Italien und der Krieg.

Wie die meisten neutralen Staaten Europas hat auch Italien unter dem jehigen Völkerkrieg schwer gelitten; doch fehlten bisher genauere Angaben über seinen Einfluß auf die Handelslage Italiens. Die vor ungefähr einer Woche erschienene offizielle Statistik über den italienischen Einfuhr- und Ausfuhrhandel im letzten Jahr fällt wenigstens teilweise diese Lücke aus und gestattet einen besseren Ueberblick.

Der Kriegsausbruch traf Italien in einem Krisenzustand, zu dem vielerlei Ursachen beigetragen haben, um meisten Wohl die Nachwirkungen der Tripolisaffäre und der starke Rückgang der Ausfuhr von Textilwaren nach den Märkten der Balkanhalbinsel und der Levante infolge des Balkankrieges. Der jehige Krieg veräschterte sofort diese Lage, denn fast 10 Proz. der ganzen italienischen Produktion von Baumwollwaren werden nicht im Lande selbst verbraucht, sondern gehen in das Ausland. Sowohl der Baumwollbezug als auch die Zufuhr englischer Kohlen, auf die Italien angewiesen ist, stöckte zunächst fast völlig. Für die italienische Industrie ein sehr fühlbarer Mangel, denn da Italien selbst Steinkohlengruben nicht besitzt und auch seine Braunkohlenlager nicht erheblich sind, ist es gezwungen, fast seinen ganzen Kohlenbedarf aus dem Auslande zu beziehen, mehr als 10 Millionen Tonnen, wovon England allein ungefähr fünf Sechstel liefert.

Nicht ganz so ungünstig stand es um die Baumwollzufuhr (Italien hat in den letzten Jahren trotz der Krise alljährlich ungefähr für 350 Millionen Rohbaumwolle eingeführt). Aber zu der Schwierigkeit des Rohstoffbezuges gesellte sich alsbald auf diesem Industriegebiet die Schwierigkeit des Ausfuhrtransportes und des Zollungangs. Die Sperre der Dardanellen lähmte den Schiffverkehr nach Rußland, dem Osten der Balkanhalbinsel und Vorderasien, und zugleich ging der Transport nach Südamerika, der für die italienische Baumwollindustrie eine gewichtige Rolle spielt, beträchtlich zurück, teils weil auch dorthin die Schifffahrt stöckte und die Frachttarife emporschnellen, teils weil der Krieg in Brasilien und Argentinien ebenfalls eine Krise hervorrief und infolgedessen die dortige Nachfrage plötzlich stark abflaute.

Dazu kam, daß die Forderungen für gelieferte Textilwaren selbst aus dem am Krieg nicht beteiligten neutralen Ausland nicht einzutreiben waren. Die Ausfuhr von Gold würde in den meisten Ländern verboten und die Auszahlung der Schecks auf Paris von den Pariser Bankinstituten eingestellt. Hinzu kamen allerlei kleinere Störungen, wie z. B. das Ausbleiben der Zufuhr von deutschen Anilinfarben, die den Betrieb der Rattindruckerien hemmte. Eine Fabrik nach der anderen schränkte ihre Produktion ein, so daß Ende September 1914 nur noch auf ungefähr 50 Proz. der normalen Produktion schätzten.

Und noch schlimmer als für die Baumwollindustrie gestaltete sich der Außenhandel für das Seidengewerbe, das als Luxusindustrie noch weit stärker durch den Krieg getroffen wurde, wie schon die einfache Tatsache beweist, daß im August 1914 von Italien nur rund 208 000 Kilogramm Seidengespinnste und 58 000 Kilogramm Seidengewebe ausgeführt worden sind gegen 653 000 Kilogramm und 141 000 Kilogramm im August 1913.

Wie in anderen Ländern hat jedoch auch in Italien die Textilindustrie sich in den letzten Monaten des Jahres 1914 mehr und mehr erholt. Besonders brachten die Lieferungen von allerlei Geweben für Italiens Heer, vor allem aber für den Kriegsbedarf des Auslandes, der Textilindustrie zahlreiche Aufträge ein, wenn diese auch den harten Ausfall in den ersten Kriegsmontaten nicht auszugleichen vermögen. So ist denn z. B. die Einfuhr von Baumwolle während des Jahres 1914 im ganzen nur um 25 Millionen Lire gegen das Vorjahr zurückgeblieben, während die Ausfuhr von Baumwollwaren von 256 auf 202 Millionen Lire zurückgegangen ist. Dagegen ist die Einfuhr von Rohseide von 223 auf 142 Millionen Lire gesunken, während gleichzeitig die Ausfuhr von Seidenwaren aller Art insgesamt von 530 auf 435 Millionen Lire fiel. Auch andere Textilrohstoffe sind viel weniger verarbeitet worden wie in den letzten Jahren, wie sich deutlich schon aus den Einfuhrziffern ergibt. So betrug die Einfuhr von Wolle und ähnlichen Stoffen nur 146 Millionen Lire gegen 202 Millionen im Jahre 1913. Auch der Import von Hanf, Leinen und Jute fiel von 70 auf 54 Millionen Lire, doch hat in diesem Fabrikationszweig die Ausfuhr infolge der Kriegslieferungen nach dem Auslande dermaßen zugenommen, daß Italien insgesamt an Hanf, Leinen und Jute und daraus hergestellten Waren für 120 Millionen Lire exportiert hat, während im vorausgehenden Jahre die Ausfuhr nur 109 Millionen Lire erreichte.

Einen ebenso schweren Schlag verriechte der Krieg der Einfuhr von Kupfer, Messing, Bronze, Alt-, Bruch- und Gusseisen, Stahl, Maschinen und Maschinenteilen; ein Import, an welchem vor allem Deutschland beteiligt ist und den Italien nicht zu entbehren vermag, da es z. B. 1912 nur 582 100 Tonnen Eisenerz gewonnen und nur 380 000 Tonnen Roheisen selbst produziert hat. Während sich 1913 die Position „Mineralien, Metalle und Arbeiten daraus“ auf 578 Millionen Lire belief, weist sie in der Statistik für 1914 nur die Summe von 475 Millionen Lire auf.

Im ganzen hat die italienische Einfuhr, die bereits im Kriegsjahr 1913 um 66 Millionen Lire, von 3702 auf 3646, zurückgegangen war, im letzten Jahre um weitere 764 Millionen Lire abgenommen; während gleichzeitig die Ausfuhr um 294 Millionen Lire sank.

	1914	1913
Italiens Einfuhr	2682 Mill. Lire	3646 Mill. Lire
Ausfuhr	2218	2812

Beteiligt an diesem Ausfall sind vornehmlich Deutschland, Oesterreich-Ungarn, die Vereinigten Staaten von Amerika, Frankreich, die Schweiz und Argentinien. Es führte nämlich Italien an Waren ein:

	1914	1913
aus Deutschland	498 Mill. Lire	613 Mill. Lire
Vereinigten Staaten	418	523
Oesterreich-Ungarn	220	265
Frankreich	303	283
der Schweiz	76	89
Argentinien	36	191

	1914	1913
Die Ausfuhr Italiens betrug:		
nach Deutschland	316 Mill. Lire	343 Mill. Lire
Oesterreich-Ungarn	196	221
Vereinigten Staaten	267	289
Frankreich	179	231
der Schweiz	290	249
Argentinien	115	185

offizier, der uns auf den Märschen an die Front begleitete, und dem Kriegsphotographen Kühnwind, sollten unsere Schritten in Kaucajeninen einholen. Das Auto des Offiziers blieb im Schnee stecken; das des ewig beweglichen, allezeit geschäftigen, nie verzagenden Photographen arbeitete sich durch, kam allerdings mit mehreren Stunden Verspätung an. In Kaucajeninen stehen wir wiederum auf lange Tage gefangener Russen. Der Hauptmann eines vollständig in Gefangenenshaft geratenen Bataillons erzählte, daß er seit dem 7. Januar kein warmes Essen mehr bekommen habe, in den letzten vier Tagen nur wenig Brot. Soldaten beschäftigten wie das. Ein Gefühlsleben, so fremd in dem ganzen Kriegstreiben, so grundverschieden von manchen Remonistereien, wie man sie so oft hört, offenbarte mir ein jüdischer Landwehrmann. Treuherrig naiv verhielt er: „Mein Herz ist rein, ich habe keinen Menschen erschossen. Aber die Deutschen sind furchtbare Soldaten, sie schienen immer drauf los; ich hatte schon die Hoffnung aufgegeben, in Gefangenenschaft zu geraten. Meine Frau wird froh sein, wenn sie hört, daß ich gefangen in Deutschland sei.“ Bis Lege w en n u n g e n kämpften wir uns an diesem Tage mit einem Auto und einem Schilfen durch, quartierten in einem Schulzimmer und räumten mit dem Resten unseres schmalen Proviantes auf. Am nächsten Tage blieb auch das zweite Auto stecken, ein zweiter Schilfen mußte requiriert werden. Bald packte uns ein Schneetreiben, wie es selbst in Schiprethen zu den Tellenheiten gehört. Trotzdem schoben sich die Wagenkolonnen auf der Straße und auf dem Felde unaußersam hornwärts; Gräben wurden im Geleise angenommen, daß man glauben konnte, die Pferde bräcken zusammen und die Wagen müßten auseinanderbrechen. In Friedenszeiten, wenn es nicht das eiserne Ruch gebiete, würde kein Fuhrmann solche Fahrten machen. Von K a n n y p u r e n war bisher wenig zu sehen. Wohl hatten die Russen im bodengetürmten Schnee Schützengraben ausgehoben, an anderen Stellen aus Steinen und Holz Brückenwehren errichtet, aber auf einem Kampf hatten sie es offensichtlich nicht ankommen lassen. Jeweils mußten wir den Schützen verlassen, durch tiefen Schnee waten, und der Sturm trieb uns die feinen schwarzen Kloden in den Hüftgelenken hinein. Raß und feingewirter kamen wie spät am Nachmittag in Villkalle an. Eine düstere trauflose Stadt nach dem Aussage der Russen. Noch rauchten einige Häuser; aus Ruinen glocken uns fensterlose schwarze Löcher an. Eine stumme Anklage gegen die Urheber des Krieges und seiner Greuel! Auch lebende Ankläger waren hier: ungefähr 100 Einwohner, meistens Frauen, hatten die Russen gefangengehalten; viele sollen erschossen

worden sein, mehrere Hundert hat man als Gefangene fortgeschleppt, und ein vielstimmiges Klagen hörte ich über B e r g e w a l t i g u n g e n von Frauen. Eine Mutter jammete, daß ihre beiden jungen Töchter von sich abblenden Russen mißbraucht worden seien. Traßlos und wütend sah es in den Wohnungen aus; Möbel hatte man fortgeschleppt, zum Teil auch als Brennmaterial verwendet. In einem Caféhaus sah ich auf der Treppe noch ein eingekerkertes Klavier und Möbel stehen. Den Raum hatten die Russen zurücklassen müssen. Die zurückgelassenen Vorküher hatten nichts zu essen, die Kommandantur mußte Brot verteilen. Auch wir waren froh, als wir Brot und etwas Speck bekamen; ein Löffel voll Tee, der schon dreimal überbrüht worden war, lieferte das Getränk dazu. Zu sechs Komplierten wir in einem kleinen Zimmer. Am Freitag, auf der Fahrt über S t a l l u p ö n e n, liegen am Bergand liegen gebliebene Russen und fortgeworfene Kleidungsstücke erkennen, daß die Russen schon eilig im Rückzug geworden waren. Aber doch nicht eilig genug. Schon wieder kamen uns Truppen von Gefangenen entgegen, und in Stallupönen waren ihrer mehr als die Stadt im Frieden Einwohner zählt. Die meisten Gefangenen sahen gut aus. In ihrer Ausrüstung ließ sich kein Mangel erkennen. Viele trugen Pelzmützen und lange Hitzstiefel. Die Zahl der Hausruinen in Stallupönen ist beträchtlich größer geworden. Von ganzen Straßenzügen stehen nur noch Reste der Umfassungsmauern. Das Niederlegen der Ruinen erfordert Arbeit und Stoffen, die den Wert des Erholtenes vielleicht noch übersteigen.

In einem Gehöft am östlichen Ausgang Stallupönens hatten die Russen eine W o r s t f a b r i k e r e i eingerichtet. Vor der Nacht war wohl auch alles zusammengebrachte Vieh abgeschlachtet worden. Einige aufgetriebene Bierrel und einige Leucht Köpfe von Minder lagen noch im Hofe herum und von den mitgeschleppten Bierreln hatte man auf der Nacht noch eine große Anzahl von den Wagen geworfen. Auf einer langen Strecke war der Weg mit Reisigstücken wie besät. Auch andere Viehstücke und einiges Kriegsmaterial liegen die Russen hier bereits zurück. Vor S t a l l u p ö n e n marschierte ein unabsehbarer Zug russischer Gefangener an uns vorbei. Man sah darunter die verschiedenartigsten Uniformen; die bekannten grauen, schwarze mit blauen Ärmeln, lange, bedeckte Hälften, dazu bunte Hitzstiefel, und zum Schutz einen Trupp mit Äpfeln, Bändern und Taschen beladen. Deutschland bekommt viele neue Hitzstiefel! Am Abend zogen wir in das von Militär dicht bevölkerte Stadthaus bei niedergehenden Regen ein. T u w e l l, Kriegsberichterstatter.

Am wenigsten hat der Handelsverkehr Italiens mit England gelitten. Die Einfuhr aus England ist zwar von 592 auf 507 Millionen Lire gesunken, aber die Ausfuhr nach England weist infolge der Lieferungen für den englischen Kriegsbedarf die beträchtliche Steigerung von 260 auf 311 Millionen Lire auf.

Im Vergleich mit anderen neutralen Ländern ist also die italienische Handelsbilanz immerhin noch als günstig zu bezeichnen; doch kommt hinzu, daß die Einnahmen aus dem sonstigen starken Fremdenverkehr größtenteils fortfallen, ferner daß die bisher im Auslande tätig gewesenen italienischen Arbeiter, annähernd eine halbe Million, die sonst ihre Ersparnisse an ihre Familie in die Heimat sandten, fast sämtlich zurückgekehrt sind und dort die Zahl der Arbeitslosen vermehren. Drittens, daß die Einfuhr notwendiger Lebensmittel sehr abgenommen hat, so daß eine starke Erhöhung der Lebensmittelpreise eingetreten ist. Beispielsweise hat Italien 1912 für 630, 1913 für 659 Millionen Lire Getreide eingeführt, 1914 hingegen nur für 329 Millionen Lire. So hat auch Italien an der Last des Völkerkrieges mitzutragen, und es ist begreiflich, daß die sozialistische Arbeiter-schaft, soweit sie nicht durch halb- und viertelsozialistische Intellektuelle eingefangen ist, von einer Teilnahme am Kriege nichts wissen will.

Aus der Geheimfischung der russischen Duma.

Von einer besonderen Seite, die gut unterrichtet und zuverlässig ist, geht uns folgender Bericht über eine Geheimfischung der russischen Duma zu:

Während der kürzlich stattgefundenen Session der Reichsduma fand unter Ausschluß der Sozialdemokraten eine „Privatsitzung“ der Parteien und der Regierung statt. Die Reden stellten in dieser Sitzung die Forderung auf, daß Reformen eingeführt würden. Der Minister des Innern Malakow antwortete kurz und entschieden: „Die Regierung macht keine Zugeständnisse!“ Diese Worte riefen selbst bei den Oskobisten eine solche Erregung hervor, daß die Sitzung abgebrochen werden mußte.

Nach einer Pause ergriff der Ministerpräsident Gorewkin das Wort und erklärte, es liege ein Mißverständnis vor, die „Allerhöchste Gewalt“ werde einige Zugeständnisse machen.

In Ergänzung dieser rätselhaften Ankündigung kam am letzten Tage der Dumasession aus den Redereien des Generals, der Zar und seine Ratgeber würden die „Aera Stolypin“ wieder aufleben lassen, wenn die „Gesellschaft“, d. h. die Oskobisten und Kadetten, sich mit diesem „Zugeständnis“ zufrieden geben würden — sonst würde auch das nicht genährt werden! In diesem Falle würde der Minister des Innern Malakow seinen Abschied bekommen und an Stelle Gorewkins würde der jetzige Ackerbauminister Arlow oder der Reichskontrolleur Charitonow Ministerpräsident werden. Das Programm dieser beiden Regierungsmänner, von denen der erstere übrigens schon längst als vorwieslicher Nachfolger des geistigen Gorewkin genannt wird, deckt sich in der Tat im großen und ganzen mit dem Programm Stolypins, der die allerlebens geforderte Entwicklung der Produktionskräfte des Landes in dem Sinne aufnahm und durchführte, daß unter Beibehaltung aller Fesseln der politischen und kulturellen Selbsttätigkeit des Volkes, der Großbourgeoisie und der Schicht des Großbäuerntums die Möglichkeit der „wirtschaftlichen Erstickung“ — natürlich auf Kosten der wirtschaftlich schwächeren Volksschichten — gegeben werde. Die schärfere Betonung dieses „Programms“ ist vorläufig alles, was die Regierung an Zugeständnissen zu bieten geneigt ist. Angesichts dieser Tatsache ist es erklärlich, daß die namentlich von den Liberalen genährte Hoffnung einer „nationalen Einigung“ mit der Regierung einen starken Stoß erlitten hat. Die Kadetten und Linksoskobisten träumen jetzt von Reformen und wollen in dieser Richtung einen Druck auf die Regierung ausüben. (Bisher ist davon allerdings nichts zu spüren gewesen! Die Red.)

Hinsichtlich der Fragen der auswärtigen Politik ist aus der erwähnten Geheimfischung der Duma zu ersehen, daß sowohl die Regierung wie die Oskobisten und Kadetten ihre bisherigen Deklamationen über die Annexion Ostpreußens und Kosens kühnlicher Weise eingestellt haben. Die Regierung und die erwähnten Parteien sind zum Frieden bereit, wenn Rußland Ökonomie und Konstantinopel erhält (!). Nikolaus II. und viele rechtsstehende Abgeordnete sollen sogar zum Frieden bereit sein, wenn Rußland nur Ökonomie erhält. Aber die Oskobisten und Kadetten wie auch der Generalissimus und die Generale wollen nichts davon hören, daß Rußland die „Vollendung seiner heiligen Mission“ am Schwarzen Meere preisgibt. Offen wird die Parole ausgegeben: Konstantinopel oder Nikolaus III.!

Amerikas Mißtrauen gegen Japan.

London, 24. Februar. (B. T. Z.) Die „Times“ melden aus Washington vom 19. Februar: Die Politik Japans erregt hier große Sorge. Die Presse beginnt, sich gegen die japanische Politik zu äußern, denn der Umstand, daß Japan die Gelegenheit des Krieges auszunutzen versucht, hat Mißtrauen erregt.

London, 24. Februar. (B. T. Z.) Das Reutersche Bureau gibt eine Meldung der Associated Press aus Peking wieder, in der es heißt: Wenn die Mitteilungen vermutlich gut unterrichteter chinesischer und ausländischer Quellen sich bestätigen, so hat Japan in seiner Denkschrift an die ihm befreundeten Mächte einige seiner an China gerichteten Forderungen verschwiegen. So hat Japan verlangt, daß bei etwaiger Erneuerung von Ausländern zu Veratern der Polizei, Militär- und Finanzverwaltung Japaner bevorzugt würden, daß von China käuflichen Bedarfs an Waffen und Munition die Hälfte in Japan beschafft oder aber ein Arsenal mit japanischem Betriebsmaterial unter japanischer Leitung errichtet werde. Ferner verlangt Japan von China dieselben Vorrechte wie andere Nationen, zur Einrichtung von Missionen und zum Bau von Schulen und Kulturschulen zur Förderung des Buddhismus. Weiter verlangt Japan, daß Konzessionen für Eisenbahnen, Bergbau und Errichtung von Docks künftig nur noch an Japaner, an andere Ausländer nur mit Japans ausdrücklicher Genehmigung verliehen würden.

Wie verlautet, hat China drei Gegenvorschläge hinsichtlich der Konzessionen in der Mandchurie, der Mongolei und in Schantung gemacht, sich auch zu der öffentlichen Erklärung bereit erklärt, niemals einen Hafen oder eine Insel an eine andere Macht abtreten zu wollen, hat sich jedoch geweigert, der japanischen Regierung Vorschläge dafür zu geben.

Der Standpunkt Chinas.

Petersburg, 24. Februar. (B. T. Z.) „Kotowje Wremja“ vom 18. Februar berichtet in einem Peking Telegramm: Wir erfahren aus japanischer Quelle, daß der Gehilfe des Ministers Nao der japanischen Gesandten besuchte und ihm den Standpunkt der chinesischen Regierung betreffend die japanischen Forderungen darlegte. China wäre bereit, vier Forderungen gänzlich, vier teilweise, zwei nach Zustimmung der interessierten Mächte zu erfüllen, alle weiteren Forderungen seien unannehmbar. Tientfineser Zeitungen berichten, daß die formellen Sitzungen, die den japanischen Forderungen gewidmet waren, aufgehört haben, und deuten an, daß Japan beschloßen habe, in Anbetracht der unbedingten chinesischen Antwort andere Maßnahmen zu ergreifen, die imstande sind, die Erfüllung der japanischen Forderungen zu sichern.

Meuterei eines indischen Infanterie-Regiments.

London, 24. Februar. Amtliche Meldung. (B. T. Z.) Bei der Meuterei eines indischen Infanterie-Regiments in Singapur wurden 6 englische Offiziere und 16 Unteroffiziere und Soldaten getötet, 9 Unteroffiziere und Soldaten verwundet, 14 englische Zivilisten, darunter eine Frau, getötet. Die Meuterei ist unterdrückt.

Amsterdam, 24. Februar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Das Meuterbureau bringt eine Beschwichtigungsnote wegen der Rebellion in Singapur. Diese sei bloß eine lokale Meuterei eines einzelnen Regiments und ohne Zusammenhang mit der Bevölkerung, welche mit der Verwaltung in Singapur zufrieden sei. Die unbeliebte Garnisonmannschaft habe Beschwerden bezüglich des Avancements gehabt. Diese Mißstände wurden teilweise durch unbedeutende Gründe unter den Hindus auf. Die Generalität fänden unter den Eingeborenen stets Bewunderer; aber die Hindus hätten in Ägypten und Nieder-Indien glänzend gesiegt.

Die Lage in Persien.

Konstantinopel, 24. Februar. (B. T. Z.) Nach Meldungen, die gestern aus Teheran hier anlangten, ist die erwartete Aenderung in der Zusammensetzung des Kabinetts durch den Eintritt des ehemaligen Ministerpräsidenten Kin ed Dauleh als Minister des Innern und Nuhbir es Saltaneh als Justizminister in das Kabinett vollzogen worden. Das neue Ministerium ist gleichartiger, nationaler und besser geeignet, die Entschlüsse zu fassen, die die gegenwärtige Lage erfordert, um den englisch-russischen Intrigen ein Ende zu bereiten. Kin ed Dauleh ist ein Gegner der russenfreundlichen Partei und war seinerzeit auf Betreiben Rußlands von seinem Posten entfernt worden. Nuhbir es Saltaneh hat in Deutschland studiert und sich als Generalgouverneur von Persien auszeichnet. Die hiesige persische Gesellschaft hat ein amtliches Telegramm aus Teheran erhalten, worin die gemeldete Aenderung in der Zusammensetzung des Kabinetts bestätigt wird, die um so bedeutungsvoller sei, als auch in der Besetzung des Ministeriums des Innern eine Aenderung eingetreten ist. Dieses Vorzeichen wurde dem früheren Ministerpräsidenten Muavin Dauleh anvertraut, der wegen seiner russenfeindlichen Gesinnungen bekannt ist. Der Kabinettswechsel wird hier mit lebhafter Beugung aufgenommen.

Zaristische Gerechtigkeit.

Petersburg, 23. Februar. (B. T. Z.) Am 21. Februar a. St. wird in Petersburg die Verhandlung gegen die Rechtsanwälte stattfinden, die seinerzeit gegen den Weiss-Prozess protestiert hatten. Von den über 30 Angeklagten waren 25 Rechtsanwälte in erster Instanz zu Gefängnisstrafen von 6 bis 8 Monaten verurteilt worden, in zweiter Instanz aber freigesprochen. Gegen dieses Urteil hatte der Staatsanwalt Revision eingelegt.

Moskau, 23. Februar. (B. T. Z.) Nach einer Meldung der „Netsch“ ist dem juristischen Institut in Moskau, das hauptsächlich den Juden die Möglichkeit zum Studium eröffnen sollte, da es an die Progenorm der russischen Universitäten nicht gebunden ist, das Recht genommen worden, seine Zöglinge zu den Staatsbeamten anzumelden.

Die Lebensmittelfrage in Frankreich.

Paris, 24. Februar. (B. T. Z.) „Echo de Paris“ schreibt: Der Ackerbauminister gibt ein Buch, betitelt: „Die landwirtschaftlichen Anstrengungen Frankreichs nach sechs Kriegsmontaten“ heraus. Das Buch enthält Angaben über die Maßnahmen, die die französische Verwaltung getroffen hat, um die landwirtschaftlichen Reichtümer Frankreichs zu sichern, und über den Zustand, in dem diese Reichtümer sich nach sechs Kriegsmontaten befinden. Die Feststellung des Ministers über das Getreide und den Viehreichthum sind außerordentlich beruhigend, wenn man die herabgesetzte Prüfung betrachtet, welcher Frankreich ausgesetzt gewesen ist. Die Vorräte an Hafer, Gerste, Weizen und Kartoffeln seien durchaus normal. Bezüglich des Viehes wurde berechnet, daß Frankreich Ende März 1914 nahezu 13 300 000 Köpfe Großvieh gegen 14 800 000 im Jahre 1913, etwa 15 000 000 Schafe und Lämmer, anstatt 16 200 000 im Jahre 1913 und ungefähr 6 200 000 Schweine, anstatt 7 050 000 im Jahre 1913 besaß. Das Buch macht ferner Angaben über die Verwendung der Kriegsgefangenen bei Ausführung von Arbeiten von öffentlichem Interesse. Der Minister erörtert schließlich einen Plan, der auf Heranziehung Kriegsgefangener zur Wiederherstellung gewisser landwirtschaftlicher Gebäude abzielt, die während der Kämpfe in Frankreich zerstört oder beschädigt worden sind.

Kontrolle der französischen Gefangenenlager.

Paris, 24. Februar. (B. T. Z.) Meldung der Agence Havas: Die Untersuchungskommission, die von der amerikanischen Volkshaus beauftragt ist, die Lager der deutschen Kriegsgefangenen und Zivilgefangenen zu besichtigen, besuchte die Konzentrationslager der Departements Var und Basses-Alpes. Sie stellte fest, daß die internationalen Vorschriften auf das genaueste beobachtet werden. Die Kommission reiste nach Korsika weiter.

Gegen die Zensur.

Wien, 23. Februar. (B. T. Z.) Das Präsidium des Abgeordnetenhauses hatte eine mehrstündige Besprechung mit dem Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh, welcher hinsichtlich der Pressensur erklärte, daß die Regierung, soweit ihr eine Einschränkung möglich sei, das notwendigste durch den Kriegszustand gebotene Maß nicht überschreite. Graf Stürgkh sagte die Förderung größerer Einheitlichkeit der Zensurpraxis zu.

Hinsichtlich der Verpflegungsfragen wies Graf Stürgkh auf die heutige kaiserliche Verordnung hin und sprach die Hoffnung aus, baldige genügende Beschaffung der mangelnden Surrogatmehle aus.

Zu der Ausrüstung betr. eine Kriegslagerung des Reichsrates erklärte Graf Stürgkh: Die für die Schlichtung der Vertretungskörper bei Kriegsausbruch maßgebenden gewichtigen Gründe bestehen unverändert und unverändert auch heute fort. Er sprach die Überzeugung aus, daß das Präsidium des Hauses ihm beipflichten werde, daß für heute und für die nächste Zukunft die oberste und wichtigste Aufgabe sei, alle Kräfte des Staatswesens einmütig und einheitlich durch politische Parteikämpfe und Sonderhandpunkte dem großen Werke der Landesverteidigung zuzuführen und hierin bis zum ehrenvollen Abschluß durchzuhalten.

Die Lohnbewegungen der englischen Arbeiter.

Amsterdam, 24. Februar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die Erregung unter der Arbeiterschaft in England nahm bedeutende Dimensionen an. In vielen Orten gab man den Arbeitern Konzessionen, namentlich den Eisenbahnern. Die schottischen Eisenbahner erlangten die gleichen Zugeständnisse wie die englischen. Auch die Werkstättenarbeiter der Bahnpompagnien erhielten eine Lohnzulage.

Die Bergarbeiter in Durham hielten am Sonnabend fünf Meetings gegen die Teuerung und die von 42 Gaspompagnien geforderte Suspendierung des Achtstundengesetzes ab.

Die Liverpooler Fuhrwerker lehnten die ihnen angebotene Zulage von 3 Schilling wöchentlich ab und überreichten die Kündigung.

Die Londoner Hafenbehörden boten den Arbeitern eine Lohnerhöhung um 3 Schilling pro Woche, die Arbeiter aber fordern 2 Pence pro Stunde. Die Bewegung umfaßt 25 000 Mann.

Den Liverpooler Todern wurde 1 Schilling täglich zugestanden, worauf der Vorsitzende des Rederverbandes und Serton für die Gewerkschaft gemeinsam einen patriotischen Aufruf zur Weiterarbeit herausgaben.

Die Verleger der Insel-Man-Dampferkompagnie in Douglas streikten; die Regierung schickte Soldaten als Streikbrecher. „Cityzen“ nennt dies ein Zeichen der Zeit.

Die größte Bedeutung hat die Lohnbewegung in der Metallindustrie besonders im Clyde-Distrikt, wo 10 000 Mann streiken, welche für die Kriegsverwaltung arbeiten. Die Regierung ernannte ein Komitee, das die Streiks und Aussperrungen juristisch beurteilt und die Einsetzung eines unparteiischen Tribunals für die Konflikte in der Metallindustrie und im Schiffbau vorschlägt.

Der Streik in den Wolfringhimer Stahlwerken wegen Beschäftigung ungelerner Belgier wurde mit Hilfe des Grafen Henderson beigelegt.

Kriegsbekanntmachungen.

Verlustlisten über „Unermittelte“.

Amtlich. Berlin, 24. Februar. (B. T. Z.) In nächster Zeit werden am Anfang der deutschen Verlustlisten besondere Listen mit der Ueberschrift „Unermittelte. Liste Nr. ...“ erscheinen. Diese Listen enthalten die Namen der Angehörigen der deutschen Armee, die in der Gefangenschaft oder in deutschen Lazaretten gestorben sind und bei denen der Truppenteil nicht festgestellt werden konnte, sowie solche mit Regimentenangaben, deren Richtigkeit aber nicht feststeht. Sie werden mit fortlaufender Nummer versehen von Zeit zu Zeit zum Abdruck gelangen.

Letzte Nachrichten.

Die Antwortnote der Vereinigten Staaten.

Köln, 24. Februar. Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Berlin: Die vom Vorkämpfer der Vereinigten Staaten gestern nachmittag überreichte Mitteilung war heute Gegenstand eingehender Prüfung durch die beteiligten Regierungsstellen. Die Mitteilung soll Anregungen enthalten, über deren Inhalt bisher nichts verlautet. Die Absicht der amerikanischen Vorschläge scheint dahin zu gehen, einer Verständigung über etwa während des Seekrieges gegen England auftauchende Schwierigkeiten die Wege zu ebnet. (B. T. Z.)

Ein amerikanischer Dampfer auf eine Mine geraten.

Washington, 24. Februar. (B. T. Z.) Meldung des Reuterschen Bureaus: Der amerikanische Dampfer „Garib“ ist vor der deutschen Küste auf eine Mine gestoßen und gesunken. Er hatte 4800 Ballen Baumwolle an Bord.

Rettung der Mannschaften eines versenkten Schiffes.

London, 24. Februar. (B. T. Z.) Das Reutersche Bureau meldet aus Ramsgate: Das Fischerboot „Grotta“ landete heute 14 Matrosen von der Besatzung des Dampfers „Dallen“, der gestern nachmittag südöstlich Rye torpediert wurde. Der erste Ingenieur sagte aus, er habe das Verbleiben eines Unterseebootes gesehen. Der Rest der Mannschaft wurde in Dover gefolgt. Die „Dallen“ versank heute morgen auf der Höhe von Folkestone, während sie nach Dover geschleppt wurde.

Ein vermischter englischer Hilfskreuzer.

London, 24. Februar. (B. T. Z.) Die Admiralität teilt mit, daß der Hilfskreuzer „Clanmonah“ seit dem 3. Februar vermist wird. Man fürchtet, daß er im Sturm verlorben ging. Trümmer des Schiffes sind aufgefunden worden.

Attentat auf einen portugiesischen Politiker.

Porto, 24. Februar. (B. T. Z.) Meldung der Agence Havas: Der vierzehnjährige Schüler Jose Francisco Silva gab drei Revolverkugeln auf den Führer der Demokraten Affonso Costa ab, als dieser einen Zug nach Lissabon besteigen wollte. Costa wurde nicht getroffen. Silva wurde verhaftet; er erklärte, er habe aus freiem Antrieb geschossen.

Todes-Anzeigen

Bei den Kämpfen im Osten fiel am 13. Februar unser guter Freund und Kollege, der Dreher Richard Hilpert im 29. Lebensjahre...

Am 23. Februar verschied unser Senior-Chef, Herr Adolf Fröhlich. Ein hochherziger, biederer Mann ist von uns gegangen...

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. & Berl. Reichstagswahlkreis. Am Sonntag, den 20. Februar, verstarb unser Genosse, der Anschläger Paul Rast...

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter Karl Jaenichen...

Sozialdemokratischer Wahlverein Neukölln. Am 14. Februar verstarb unser Parteigenosse Friedrich Bohnstengel...

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kaufbruder Karl Fiss nach längerem Leiden an den Folgen einer Operation verstorben ist...

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands. Zahlreiche Tegel und Umg. Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser lieber Kollege Louis Löwe...

Am 20. Februar verstarb plötzlich mein lieber Mann, unser guter Vater, der Anschläger Paul Rast...

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Säger Friedrich Bohnstengel...

Verband der Sattler u. Portefeullier Ortsverwaltung Berlin. Den Kollegen hiermit zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Sattler Robert Meinert...

Spezialarzt. Haut-, Gyn., Frauenleiden, nerv. Schwäche, Sehnerven jeder Art. Dr. Homeyer...

Am 1. Februar starb infolge eines Schlaganfalls unser lieber Kollege Bruno Menzel. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren...

freireligiöse Gemeinde. Am Sonntag, den 27. Februar 1915, abends 8 Uhr, in Obiges Festsaal, Koppenstraße 29: Lichtbilder-Vortrag von Dr. M. Baeye: „Die Stellung des Menschen in der Natur“...

Für die vielen Glückwünsche zu unserem 25jährigen Ehejubiläum sagen wir auf diesem Wege allen Gratulanten unseren herzlichsten Dank. Wilh. Hentschel und Frau...

Ziehung 3., 4. u. 5. März. Kölner Lotterie. 5928 Gewinne und 1 Prämie. 70 000 M., 30 000 M., 20 000 M., 10 000 M. Lose 1 M. 11 Lose aus verschied. Tausend. 10 M. Porto und Liste 30 Pfennig extra. H. C. Kröger BERLIN W 8...

Theater für Donnerstag, 25. Februar: Berliner Theater 8 Uhr: „Extrablätter!“ Deutsches Künstler-Theater 7 1/2 Uhr: Peer Gynt. Deutsches Opernhaus, Charlottenb. 8 Uhr: Die verkaufte Braut.

Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. 8 Uhr: Gasparone. Freitag: Gastop Heinz Aransen: Der Troubadour. Gebr. Herrfeld-Theater 8 Uhr: Familie Plaschek. Kleines Theater 8 Uhr: Der kategorische Imperativ.

Lessing-Theater 8 Uhr: Ein Volksfeind. Lustspielhaus 8 1/2 Uhr: Die Orientreise. Metropol-Theater 8 Uhr: Woran wir denken! Montis Operetten-Theater 8 Uhr: Der liebe Papi.

National-Theater 8.10 Uhr: Wenn d. Landsturm kommt. Residenz-Theater 8 Uhr: Die Schöne vom Strand. Rose-Theater 8 Uhr: Elise vom Erlenhof. Schiller-Theater O. 8 Uhr: Der Störenfried. Schiller-Th. Charlottenbg. 7 1/2 Uhr: Faust I. Thalia-Theater 8 Uhr: Kam'rad Männe.

URANIA. Taubenstraße 48/49. 4 Uhr (Halbe Preise): Auf d. Schlachtfeldern Ostpreußens. Abends 8 Uhr: Die Vogesen und ihre Kampfstätten.

Zirkus Alb. Schumann. Donnerstag, 25. Febr. Anf. 7 1/2 Uhr: Gr. Gala-Vorstellung. Besonders hervorzuheben: Artur Saxon-Trio...

WINTERGARTEN. Letzte Woche! Johanna Terwin vom Deutschen Theater, Berlin, Jakob Tiedtke v. Lessing-Theater, Berlin, in: Landwehmann und Pikare...

Casino-Theater. Rothringstraße 37. Täglich 8 Uhr. Nur noch bis Donnerstag den 25. d. M.: Durch dick und dünn.

Voigt-Theater. Badstr. 58. Morgen Freitag, den 26. Februar: Benefiz für Paul Uding. Erkämpftes Glück.

Palast-Theater am Zoo. Täglich 8 Uhr: „Muttchen hat's Wort!“

Reichshallen-Theater. Stettiner Sänger. Zum Schluss: Weihnachtsabend im Schützengraben. Anfang 8 Uhr.

Backpulver. In Marke „Iral“ (patentamtlich gesch. ohne Beigeschmack. 12 Pak. 1 M. Alleinvertrieb: Drogenhaus Paul Lemcke, Neukölln, Kaiser-Friedrich-Straße 242. — Tel.: Neukölln 644.

Verkäufe. Gardinen! Spottbilliges Inventurangebot! Gardinen mit Lambrequin: 2,85, 4,85, Ebnolgardinen, Fenster 1,95, 2,65 usw.

Teppiche. Teppiche mit kleinem Fleck, sehr billig. Gardinen, Portieren, Steppdecken, Tischdecken, Divandecken, sehr billig.

Wohnungsbau. Die Vogesen und ihre Kampfstätten. Die Vogesen und ihre Kampfstätten. Die Vogesen und ihre Kampfstätten.

Möbel. Preise nur jetzt im Preise, nie wieder! Englische Bettstelle 28, Ruchbett 24, englischer Antiebeschrank mit Spiegel 88.

Möbel. Preise nur jetzt im Preise, nie wieder! Englische Bettstelle 28, Ruchbett 24, englischer Antiebeschrank mit Spiegel 88.

Möbel. Preise nur jetzt im Preise, nie wieder! Englische Bettstelle 28, Ruchbett 24, englischer Antiebeschrank mit Spiegel 88.

Möbel. Preise nur jetzt im Preise, nie wieder! Englische Bettstelle 28, Ruchbett 24, englischer Antiebeschrank mit Spiegel 88.

Möbel. Preise nur jetzt im Preise, nie wieder! Englische Bettstelle 28, Ruchbett 24, englischer Antiebeschrank mit Spiegel 88.

Möbel. Preise nur jetzt im Preise, nie wieder! Englische Bettstelle 28, Ruchbett 24, englischer Antiebeschrank mit Spiegel 88.

Möbel. Preise nur jetzt im Preise, nie wieder! Englische Bettstelle 28, Ruchbett 24, englischer Antiebeschrank mit Spiegel 88.

Möbel. Preise nur jetzt im Preise, nie wieder! Englische Bettstelle 28, Ruchbett 24, englischer Antiebeschrank mit Spiegel 88.

Möbel. Preise nur jetzt im Preise, nie wieder! Englische Bettstelle 28, Ruchbett 24, englischer Antiebeschrank mit Spiegel 88.

Möbel. Preise nur jetzt im Preise, nie wieder! Englische Bettstelle 28, Ruchbett 24, englischer Antiebeschrank mit Spiegel 88.

Möbel. Preise nur jetzt im Preise, nie wieder! Englische Bettstelle 28, Ruchbett 24, englischer Antiebeschrank mit Spiegel 88.

Radrad auf, Platenstraße 27. Martin, Goldschlag, Silberlaggen, Zahngebisse, Stanniol 2., Cuedel, Mühlstrumpf, Kauf Blümel, Auguststraße 19. 246/13*

Unterricht. Automobilfahrer, erste Klasse. Prüfungsschere Ausbildung, 100 Mark. Kurs Abendkurse. Patenzahlung, Köpenickerstraße 116. 21978*

Unterricht in der englischen Sprache für Anfänger und Fortgeschrittene, einzeln oder im Kurs, wird englischer Unterricht erteilt. Auch werden Uebersetzungen angefertigt. B. Swienty, Leddrich, Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9, Gartenhaus 111. 448*

Klavierkurs gratis. In drei Monaten Vaterlandslieder jedermann. Noten, Klavierübungen frei. Musik-Akademie Dranienstraße 63, Moritzplatz. 16,2

Verschiedenes. Patentanwalt Müller, Wilmersdorferstraße 16. 29098*

Verschiedenes. Räumlichkeiten für die Aufnahme neuer Abfälle, handliche Abnehmer zu guten Preisen sucht, schreibt sofort unter J. O. 2210 an Rudolf Hoffe, Neulandstraße 46/49.

Verschiedenes. Räume werden sauber gemacht, freien getrocknet. Laten, Leinwand, 4 Handtücher 0.10. Abholung Sonnabends. Frau Paul, Köpenick, Oranienburgerstraße 33a. 29998*

Verschiedenes. Märzbleiche! Räume werden sauber gemacht. Laten, Leinwand, vier Handtücher 0.10. Abholung Sonnabends. Frau Ring, Köpenick, Nauenbergstraße 18. 11605

Vermietungen. Wohnungen. Charlottenstraße 87 keine Wohnungen sofort billig. 6576*

Vermietungen. Zimmer. Möbliertes Zimmer bei Sternweg, Baumhulweg, Trojanstraße 6, vorn II, gegenüber den Sportplätzen. 29918

Arbeitsmarkt. Stellenangebote. Stufen-Arbeiter auf Holz- und Dachstuhlarbeiten gegen Vorlage bei hohem Lohn. Meyerhof u. Kaufmann, Charlottenstraße 29/30. *

Arbeitsmarkt. Stellenangebote. Jannaschke suchen Holz u. Friedrich, Friedrichshagen. 29908*

Arbeitsmarkt. Stellenangebote. Maschinenfleischer verlangt sofort Nachvormittag Besenstraße 10. Wäckerle, Besenstraße 10. 11545

Arbeitsmarkt. Stellenangebote. Tischler auf Holz- und Lederarbeiten, dauernde Beschäftigung, verlangt Schmidt, Schillerstraße 6. 15/19

Arbeitsmarkt. Stellenangebote. Tüchtige Mechaniker. verlangen sofort. Ober-Werte Wehntee, Berlin-Wehntee, Leberstr. 20/25.

Arbeitsmarkt. Stellenangebote. Schirmermeister, Zuschläger, Dreher und Hobler. Best. sofort bei hohem Akkordverdienst ein. Orenstein & Koppel - Artur Koppel...

Arbeitsmarkt. Stellenangebote. Sattler für Tornister werden sofort verlangt. Bergas & Bythner, 280/5, Dammstr. 33. Sattler, Schuhmacher, Riemen...

Abgeordnetenhaus.

101. Sitzung, Mittwoch, den 24. Februar, 1 1/2 Uhr.

Im Ministertische: Schorlemer.

Die Vorlage über die Erweiterung der Stadtkreise Eisen und Oberhausen wird debattiert...

Der Landwirtschaftsetat.

Abg. Graf v. d. Groeben (L.):

Bei der großen Bedeutung, die allen Zweigen unserer Landwirtschaft für die Ernährung zukommt...

Abg. Fuhrmann (naff.)

bedauert gleichfalls die Einschränkung des Futterrübenbaues, mit der man sich jedoch abfinden müsse...

Abg. Dr. v. Woyna (ff.)

betont, daß der Krieg bereits überall zu einer gesteigerten Würdigung der Leistungen der Landwirtschaft geführt hat...

Landwirtschaftsminister Dr. Frhr. v. Schorlemer:

Gerade im gegenwärtigen Augenblick wird ganz besonders die Landwirtschaft in Mitleidenchaft gezogen. Der Vorteil, der den Landwirten aus den verhältnismäßig hohen Preisen für ihre Erzeugnisse erwächst...

Von einer Kartoffelnnot kann in Berlin noch nicht gesprochen werden,

denn ein hochachtender Staatsbeamter hat erst jetzt für seinen Haushalt 10 Zentner Kartoffeln für den billigen Preis von 3,70 Mark gekauft...

Oberlandstollmeister v. Dettlingen

gibt Auskunft über die zur Bedienung der ostpreussischen Pferdezüge geplanten Maßnahmen.

Abg. Dr. Fleck (Wp.):

Während der Etat in diesem Jahre nur die Hälfte der vorjährigen Summe für innere Kolonisation enthält, meinen wir, daß gerade in diesem Jahre für diese Aufgabe ein weites Tätigkeitsfeld offen liegt...

und in den Städten arbeitenden Bauarbeiter, die jetzt doch nicht ausreichende Beschäftigung haben. Auch für die ausländischen Arbeiter muß Erwerb geschaffen werden...

Abg. Hofer (Soz.)

spricht zunächst zum Gutsbesitzer. Die ostpreussische Pferdezüge ist ins Mark getroffen. Es ist die Pflicht des Oberlandstollmeisters, mit Hilfe der Armeeverwaltung die Pferdezüge hochzubringen...

Zum Fortsetzt bemerkt der Redner: Der Minister wurde gestern in der Kommission von dem Abg. Gronowski gefragt, wie er sich jetzt zu den christlichen

Arbeiterorganisationen

verhalte. Diese Frage ist auch im vergangenen Jahr gestreift worden. Damals lebte der Minister sämtliche land- und forstwirtschaftlichen Arbeiterorganisationen glatt ab...

Zur Domänenverwaltung ist festzustellen, daß das Steigen der Pachtpreise anhält, was eine erhebliche Last für die Bauern pro Hektar ist...

Hoffentlich haben wir im nächsten Wirtschaftsjahre schon tiefen Frieden, und vielleicht beschert uns die Natur besonders gute Bitterungsverhältnisse und ein sehr gutes Jahr...

Der Minister hat nicht das Recht, im voraus das fette Jahr als Entgelt für das mögliche zu bieten. Vor allem müssen die Domänen höhere Erträge liefern. Haben denn die Landwirte wirklich so schwere Kriegsoffer gebracht?

Anzeigepflicht und Verkaufszwang für die Kartoffeln und Höchstpreise für Schweinefleisch

sind unerlässlich, schon damit der Verfallung von Kartoffeln, und zwar der besten Sorten, ein Ende gemacht wird. In dieser kritischen Zeit erkennen wir die Widersinnigkeit des Privatbesitzes an Grund und Boden...

unter freiem Himmel nicht gewachsen gewesen waren und sich auch mit der Verpflegung, Entlohnung und dem Nachquartier nicht einverstanden erklärten hätten. Leider hat der Minister Angaben über die Behandlung dieser Arbeiter nicht gemacht...

Die im vorigen Jahre von mir vorgebrachten Beschwerden über die

Lage der Landarbeiter

haben auch heute noch ihre Berechtigung. Die Landarbeiter sind Varias unter den Arbeitern. Sie haben geringere staatsbürgerliche Rechte, sie sind außerdem auch in der Arbeit, Wohnung und Entlohnung sehr schlecht gestellt...

ein freies Wahlrecht

für dieses Haus eingeführt. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Wer wollte bei einem solchen Verlangen etwa von Erpressung sprechen, wo das Volk schon 7 Kriegsmo-nate lang auf die Erfüllung wartet...

Die Etats für Landwirtschaft, Gärten, Forsten und Domänen werden bewilligt, der Etat der Anstaltskommission von der Tagesordnung abgesehen, weil ihn die Budgetkommission noch nicht beraten konnte.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 1/2 Uhr: Etat für Handel und Gewerbe, Staatsbergwerke, Novelle zum Anknüpfungsge-
Schluß 1 1/2 Uhr.

Die zweite Kriegsanleihe.

Durch Aufrufe und Bekanntmachungen wird das deutsche Volk jedoch zur Zeichnung auf die zweite Kriegsanleihe eingeladen. Die Anleihe steht den im Frieden ausgegebenen Anleihen des Reiches an Wert und Güte vollständig gleich...

Den Hauptbestandteil der Anleihe bilden, wie bei der ersten Kriegsanleihe, fünfprozentige Schuldver-sicherungen, die halbjährlich nachträglich verzinst werden. Der Zeichner erhält Wertpapiere nebst Zinscheinen...

Die Reichsanleihe ist bis zum 1. Oktober 1921 seitens des Reichs un kündbar. Vorher kann auch der Zinsfuß nicht herabgesetzt werden, so daß dem Erwerber bis zu diesem Zeitpunkt die fünfprozentige Verzinsung gesichert ist...

Die neue Anleihe wird zu 98,50 aufgelegt, d. h. der Zeichner braucht nicht den vollen Nennwert der gezeichneten Anleihe, sondern nur 98,50 M. für je 100 M. des Nennwertes zu bezahlen...

Da der Zeichner auf den am 2. Januar 1916 fälligen ersten Zinschein unter allen Umständen die Zinsen für die Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember erhält, so müssen bei allen Zahlungen, die nicht gerade am 30. Juni erfolgen...

Neben der Reichsanleihe werden auch fünfprozentige Reichsschahanzweisungen aufgelegt. Diese unterscheiden sich von der Reichsanleihe dadurch, daß sie zu einem bestimmten Termine (bei der gegenwärtigen Anleihe durchschnittlich nach 6 1/2 Jahren) zum Nennwert bar zurückgezahlt werden müssen...

zinsung sind für die Schahantweisungen ebenso geregelt wie für die Reichsanleihe.

Beide Arten von Kapitalanlage, sowohl Reichsanleihe wie Reichsschahantweisungen, haben ihre Vorzüge. Die Schahantweisungen eignen sich mehr für eine vorübergehende Belegung verfügbarer Geldmittel, die Schuldverfahrungen der Reichsanleihe für eine auf die Dauer bemessene Anlage. Erstere kommen infolgedessen mehr für große Vermögensverwaltungen in Betracht, während für die kleinen Kapitalisten sich die Anlage in Reichsanleihe besser eignen dürfte.

Die Reichsanleihe wird ohne Begrenzung aus gegeben, und es können alle ernstlichen Zeichner auf volle Zuteilung der gezeichneten Beträge rechnen. Dagegen wird von den Schahantweisungen jedenfalls nur ein begrenzter Betrag zugewiesen werden, da die Reichsfinanzverwaltung nicht allzu große Fälligkeiten an bestimmten Terminen aufhäufen kann. Es empfiehlt sich deshalb für alle diejenigen, die mit ihrer vollen Zeichnung an der Anleihe beteiligt werden wollen und in erster Linie Schahantweisungen gezeichnet haben, sich damit einverstanden zu erklären, daß ihnen eventl. auch Reichsanleihe zugewiesen wird, eine Möglichkeit, von der auch bei der ersten Kriegsanleihe bereits in weitestem Umfang Gebrauch gemacht worden ist.

Gezeichnet kann werden bei der Reichsbank und allen ihren Zweiganstalten, bei sämtlichen deutschen Banken und Bankiers, bei den öffentlichen Sparkassen und ihren Verbänden, bei den deutschen Lebensversicherungsgeellschaften und den deutschen Kreditgenossenschaften. Bei allen diesen Stellen und bei der Post sind auch die Zeichnungsscheine erhältlich. Es werden getrennte Zeichnungsscheine ausgegeben für Anleihe-Stücke (weiß), für Anleihe-Schuldbuch (rot) und für Schahantweisungen (grün). In allen kleineren Orten (das ist an Orten, wo sich keine öffentliche Sparkasse befindet) werden Zeichnungen auf Reichsanleihe, die bis zum 31. März voll bezahlt werden sollen, auch bei der Post angenommen. Zeichnungsscheine für diese Postzeichnungen sind bei den Postanstalten zu haben und werden durch diese verteilt.

Die Zeichnungsfrist beginnt am 27. Februar und schließt am Freitag, den 19. März, mittags 1 Uhr. In der ganzen Zwischenzeit werden Zeichnungen entgegengenommen, und das Publikum wird im Interesse einer glatten Erledigung des Zeichnungsgeschäfts gut tun, seine Zeichnungen möglichst nicht bis zu den letzten Tagen der Frist hinauszuziehen.

Politische Uebersicht.

Wer bringt Opfer?

Im preussischen Abgeordnetenhaus führte am Mittwoch bei der Beratung des Etats der landwirtschaftlichen Verwaltung unser Genosse Hoser seinen engeren Berufskollegen nachdrücklich vor Augen, welche Gewinne ihnen durch die wirtschaftlichen Kriegsmassnahmen in den Schoß fallen. Eine Reihe von Rednern, die vor ihm zu Worte gekommen waren, hatten es für angebracht gehalten, von der Not der Landwirte zu reden, und auch der Landwirtschaftsminister hatte durchblicken lassen, daß ihm noch lange nicht genug getan zu sein scheint bezüglich der Begünstigung des Standes, dessen Interessen zu vertreten er sich vor allem berufen fühlt.

Von einem wesentlichen anderen Geiste waren die Ausführungen unseres Genossen getragen, der in erster Linie mit Frh. v. Schorlemer wegen seines organisationsfeindlichen Standpunktes abrechnete. So unglaublich es klingt, aber es ist Tatsache, daß der Minister selbst in einer Zeit, in der das Volk die schwersten Opfer bringt, die Notwendigkeit einer Landarbeiterorganisation in Abrede stellt und höchstens nationale Organisationen zulassen will. Wir unsererseits können uns über seine Offenheit nur freuen; wir wollen hoffen, daß die Arbeiter daraus die richtigen Lehren ziehen. Mehr noch als in früheren Jahren müssen wir heute für die staatsbürgerliche Gleichheit aller eintreten, und Genosse Hoser wird deshalb auf den Weifall eines jeden Sozialdemokraten, ja darüber hinaus eines jeden denkenden Arbeiters stehen, wenn er mit wünschenswerter Schärfe die Aufhebung der Gefindeordnungen, die Beseitigung der Koalitionsverbote und die Abschaffung des Dreiflächensystems gefordert hat.

Dem ewigen Gerede über die Not der Landwirte machte Hoser ein Ende durch den zahlenmäßigen Nachweis der Vorteile, die den Landwirten mit den hohen Preisen erwachsen. Er konnte sich dabei auf die antilige Denkschrift über die Domänenpachtungen stützen, also auf Zahlen, die von der Regierung selbst zusammengestellt sind.

Auch sonst enthält die Rede unseres Genossen, die in einen Appell an die Opferpflicht der Besitzenden ausklang, recht bemerkenswerte Winke, deren Befolgung der Gesamtheit nur zum Vorteil dienen kann.

Vorher hatte das Haus in erster und zweiter Lesung den Gesetzentwurf betreffend die Erweiterung der Stadtkreise Essen und Oberhausen erledigt und in dritter Lesung den Gesetzentwurf über Weisungen zu Kriegswohlfahrtsausgaben der Gemeinden angenommen.

Am Donnerstag soll der Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung und der Bergetat beraten werden.

Geschäftigkeiten.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Von deutschfreundlicher Seite aus dem neutralen Ausland wird darauf hingewiesen, daß einzelne deutsche Geschäftsleute es für angemessen halten, Briefe an ihre Geschäftsfreunde in neutralen Ländern mit Umschlägen oder Aufschriften zu versehen, die Schwähungen einer zeitweiligen mit uns im Kriege befindlichen Nacht enthalten. Es bedarf keiner näheren Darlegung, daß dieses Verfahren im neutralen Ausland einen recht schlechten Eindruck macht, und daß damit das Gegenteil des beabsichtigten Zweckes erreicht wird.

Diese Mahnung knüpft an die Mitteilung eines Berliner Blattes an, daß deutsche Geschäftsleute Briefe nach dem neutralen Ausland mit dem gedruckten Vermerk „Gott strafe England!“ versehen. So etwas ist natürlich nicht nur geschmacklos, sondern auch dumm, und fördert sicherlich nicht die deutschen Handelsbeziehungen mit dem Ausland.

Aus Elternkreisen wird uns mitgeteilt, daß in einer Berliner Schule auf Anregung des Leiters die Kinder jeden Lehrer beim Eintritt in die Klasse händig mit dem gleichen irdischen Auf „Gott strafe England!“ begrüßen. Der Leiter selbst benutzte diese Phrase beim Eintritt, worauf die Kinder im Chöre antworteten: „Gott strafe es!“ Wir halten derartige Gepflogenheiten für die Entwicklung der kindlichen Psyche äußerst gefährlich und daher unpädagogisch. Gerade in den Schulen sollte in der jetzigen Zeit der Geist

wahren Patriotismus gepflegt werden, wie ihn der Ostpreussische Herder in seinen „Briefen zur Beförderung der Humanität“ verstanden hat:

„Der Patriotismus muß sich notwendig immer von Schläden reinigen und läutern. Jede Nation muß es fühlen lernen, daß sie nicht im Auge anderer, nicht im Rande der Nachwelt, sondern nur in sich, in sich selbst groß, schön, edel, reich, wohlgeordnet und glücklich werde; und daß sodann die Fremde wie die späte Achtung wie der Schatten dem Körper folge... Jede Nation muß allgemach es als unangenehm empfinden, wenn eine andere Nation beschimpft und beleidigt wird: es muß allmählich ein gemeines Gefühl erwachen, daß jede sich an der Stelle jeder anderen fühle.“

Wo bleibt die Beschlagnahme der Kartoffeln?

Diese Frage stellt in einem Artikel des „Berliner Tageblatt“ der Direktor des Statistischen Amtes von Berlin-Schöneberg, Dr. R. Kuchanski. Er kommt auf Grund von Angaben des Professors Wohlmann, nach welchem unsere Kartoffelernte im Jahre 1914 nur 47 Millionen Tonnen gegenüber 52 Millionen Tonnen im Durchschnitt der Jahre 1912 und 1913 betrug und da ferner die hohen Schweinepreise fast keine Verminderung des Schweinebestandes herbeigeführt haben, diese also nach wie vor von den Kartoffeln mitzugehen, zu der Feststellung, daß wir unter den gegebenen Umständen nur noch 16 Millionen Tonnen Kartoffeln haben, die nur 3/4 bis 4 Monate reichen, wenn so weiter gewirtschaftet wird wie bisher. Bis zur nächsten Kartoffelernte fehlen nach der Berechnung Kuchanski 12 bis 13 Millionen Tonnen; deshalb müßten die noch vorhandenen Kartoffelvorräte durch die Regierung beschlagnahmt und für die menschliche Ernährung sichergestellt werden. Selbst die „Deutsche Tageszeitung“ habe vor einigen Tagen die Beschlagnahme der Kartoffeln gefordert unter dem Hinweis darauf, daß die Schweine, die bereits einen großen Teil unseres Roggens weggefressen haben, täglich noch 700 000 Doppelzentner Kartoffeln vertilgen, die für die menschliche Ernährung unentbehrlich seien.

Kriegsvucher.

Das Chemische Untersuchungsamt der Stadt Tilsit teilt mit, daß im Verlauf des Krieges die deutsche Industrie eine ganze Anzahl Nahrung- und Genussmittel in den Handel gebracht hat, die für die Krieger im Felde bestimmt sind, aber nicht im entferntesten den an sie zu stellenden Anforderungen und den geforderten Preisen entsprechen. Folgende Beispiele werden angeführt:

Kakaowürfel mit Milch und Zucker enthalten oft nur einen geringen Bruchteil an Kakao, welcher außerdem noch einen höheren Prozentgehalt an wertlosen Kakaoschalen aufweist. Kaffeetabletten bestehen häufig nicht aus reinem Kaffee, sondern enthalten Beimengungen von Bichorie oder anderen Surrogaten.

Alkohol in fester Form mit Arrak- oder Rumgeschmack enthält in einer Tasse 16 bzw. 14 Gramm Alkohol für den Preis von 1 Mark, während der wirkliche Wert des Alkohols 4 bis 5 Pf. betrug. Das hieraus hergestellte Getränk hatte außerdem infolge des Gelatinegehalts einen faden Geschmack, welcher weder an Arrak noch an Rum erinnerte.

Rumkapseln enthielten nur circa 7,5 Gramm konzentrierten Alkohol mit Rumeffenz, so daß der daraus hergestellte Grog nur einen geringen Alkoholgehalt, außerdem infolge der Gelatinekapseln einen faden Leimgeschmack besaß.

Rognadzer Schnitt in Blechflaschen hatte sich beim Lagern infolge Einwirkung des Metalls in eine unappetitliche, dunkle Brühe verwandelt.

Milchtabletten verteilten sich im Wasser nicht immer gleichmäßig, sondern schieden reichlich unlösliche Bestandteile ab.

Die Erfahrung hat gelehrt, daß den Kriegern im Felde bisweilen derartige unbrauchbare und eigenartig zusammengesetzte Präparate als Nahrung- und Genussmittel zugesandt worden sind, daß sie oft selbst nicht wußten, was sie vor sich hatten, und es daher passieren konnte, daß in einem Falle sogar die Kohlepatronen der Wärmeföhen für Tee angesehen und entsprechend zubereitet worden sind.

Der Streit um das Kriegsziel

geht in der Presse lustig weiter. So schreibt der Vorsitzende der Scherl-Gesellschaft, Herr Zimmermann, im „Berliner Lokalanzeiger“:

„Was wollen wir denn? — einen langen gesicherten Frieden. Er ist nur durch eine Verständigung möglich. Sie wird am ehesten erreicht werden, wenn man den Engländern den Nachweis liefert, daß ihre Bundesgenossen nicht allzu viel wert sind. Dieser Nachweis ist teils bereits gelungen. Wenn wir im Osten und Westen zu entscheidenden Schlägen kommen, so würden die Engländer sehen, daß es zweckmäßiger wäre, mit der stärksten Kontinentalmacht zu gehen, deren Waffen den größten Aktionsradius haben, als mit den beiden jetzigen Bundesgenossen. Die Engländer sind Realpolitiker. Wenn sie selbst dann noch am eigenen Leibe ihren Krieg zu spüren bekämen, so wäre das die schnellste Brücke zu ihnen. Wer ist der populärste Mann in London? Churchill? Nein. Lord Ritzinger? Nein. Sir Edward Grey? Nein. Etwa der König von England? Nein. Es ist der Kapitän der „Enden“ von Müller. Er würde, läme er nach London, einen glänzenden Empfang haben. Und weshalb? Er hat den Engländern gezeigt, daß er es besser machte als sie selbst. Sie fordern, was praktisch ist, den Verabstimmungsnachweis.“

Diese Auslassungen haben einen Artikel in der „Deutschen Tageszeitung“ nach sich gezogen, der von Ausfällen gegen England nur so strotzt und eine Verständigung mit England als das Schlimmste hinstellt, das Deutschland machen könnte.

Im „Reichsbote“ wieder stellt „Eisenhart“ folgende Forderungen:

Der Friedensschluß stellt die höchsten Anforderungen an die deutsche Staatskunst; und auch die beste und eifrigste Staatskunst wird dieser Riesenaufgabe nicht gewachsen sein, wenn sie nicht einen Rückhalt an einer starken, ausgebildeten, entschlossenen öffentlichen Meinung, an einem festen Volkswillen hat. Diesen Volkswillen herauszubilden, ist jetzt die wichtigste politische Aufgabe. Dazu gehört aber ein genügendes Maß von Pressefreiheit, und zwar „rechtzeitig“. Darum müssen von den politischen Parteien Garantien verlangt werden, daß eine genügende Spanne Frist zur Erörterung der Friedensbedingungen dem deutschen Volke bewilligt werde, eine Frist, die mindestens auf ein Vierteljahr, im Hinblick auf die große Schwierigkeit und Bedeutung der dabei zur Entscheidung kommenden Fragen, bemessen werden muß. Solche Fragen kann man nicht in wenigen Wochen durchsprechen, sondern gerade hier wäre die deutsche Gründlichkeit am allermeisten am Platze.“

Will man eine längere Frist zur Erörterung freilassen, so ist es am besten, schon jetzt die Zensurbeschränkungen aufzuheben.

Die Rede des Abg. Heine.

Wohin die Reise geht.

Nunmehr liegt der ausführlichere Bericht der „Schwäbischen Tagwacht“ über die sehr interessante Rede des Abgeordneten Genossen Heine in Stuttgart vor. Vorher hatte Genosse Hildenbrand, der Reichstagsabgeordnete von Stuttgart, den Standpunkt der Fraktionsmehrheit ausführlich begründet. Die von etwa 400 Personen besuchte Versammlung nahm einstimmig eine Resolution an, die die Pflicht der Sozialdemokratie zur Verteidigung des Vaterlandes anerkennt und dem Abgeordneten des Kreises wie der Mehrheit der Fraktion volles Vertrauen ausdrückt.

Nach Hildenbrand sprach Genosse Heine über die Aufgaben nach dem Kriege. Er führte u. a. aus:

Wenn ich heute über die Zukunft Deutschlands und die Sozialdemokratie sprechen soll, so liegt mir nichts näher als anzuknüpfen an das Wort des Reichskanzlers, daß das Ziel des Krieges ein freies Volk sein soll. Voraussetzung, daß wir ein wirklich freies Volk werden können, ist der Friede. Die Sozialdemokratie ist die Partei, die den Frieden unter den Völkern mit allen Kräften vertritt. Wir fühlen das große Leid, das dieser Krieg über unser Volk gebracht hat und noch bringt, mit. Uns rührt auch das Leid, das durch diesen Krieg über die anderen Völker gekommen ist. Die Welt weiß das, aber sie könnte es wissen, wenn sie wollte. Freilich, im Ausland werden über uns die giftigsten Auslassungen verbreitet, selber auch von Leuten, die sich deutsche Sozialdemokraten nennen. (Pfeif!) Wir sind keine Chauvinisten, wir sind nicht das, was man Hurrapatrioten nennen darf. Es ist nicht deutsche Art, chauvinistisch zu sein. Wir verteidigen einfach unseren Boden, unser Wirtschaftsleben, unsere Existenz, unsere deutsche Kultur, die Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit unseres Reiches.

Darin wollen wir aber auch nicht lässig werden. Wir müssen, wie der Reichskanzler sagte, durchhalten, doch nicht alle Welt zerschmettern, sondern einen sicheren und dauernden, einen ehrenhaften Frieden erreichen. Dieses Bekenntnis unseres Friedenswillens genügt allerdings vielen nicht. Leider gibt es eine große Anzahl der vielfach, nicht immer mit Recht, verhöhrten Passifisten, die von der Sozialdemokratie ein besonderes Eintreten für den Frieden erwarten. Unsere Friedensliebe und unsere Friedenssehnsucht ist über jeden Zweifel erhaben. Aber den

Frieden zu verlangen, ist noch nicht die Zeit gekommen,

und jeder unzeitig unternommene Schritt ist von Unheil und zeitigt das Gegenteil von dem, was wir erreichen wollen. Wir haben das bei der Konferenz in London erlebt. . . . Auch bei uns gibt es Leute, die phantastische Pläne über den Frieden hegen. Im preussischen Abgeordnetenhaus hat die platonische Friedenserklärung der sozialdemokratischen Fraktion die Folge gehabt, daß sämtliche Mitglieder des Abgeordnetenhauses, mit Ausnahme der 10 Sozialdemokraten, eine Erklärung abgegeben haben, die sich gegen den Frieden aussprach. Wollen wir den Frieden, so vertrauen wir zunächst auf die deutschen Waffen, auf die deutschen Feldherren, auf das deutsche Volk, auf die Leute, die draußen im Felde die härtesten Kämpfe leisten. Heute ist das Meer das Volk und das Volk das Meer. (Selbstloser Beifall.)

Vertrauen wir auch auf die Friedensliebe und den Friedenswillen des Kaisers. Zweimal hat er in den letzten Jahren den Frieden durch sein persönliches Eingreifen gerettet. Von Wichtigkeit ist auch die den unerkennbaren Stempel des Reichskanzlers tragende Erklärung der deutschen Reichsregierung, die heute durch alle Blätter geht und die davor warnt, heute schon über die Friedensbedingungen zu diskutieren. Wir können dieser Erklärung vollkommen zustimmen. Der Krieg ist auf deutscher Seite kein Eroberungskrieg. Wenn es nötig ist, wird die Sozialdemokratie dem Kaiser und Kanzler zur Seite stehen, wenn es gilt, einen ehrenhaften Frieden zu erzielen, der nicht die Befehle eines erneuten Krieges in sich birgt.

Nach dem gewonnenen Frieden erwarten wir ein freies Vaterland. Dies zu erreichen, muß sich die Sozialdemokratie zur ersten Aufgabe machen. Im Besitz ungebrochener Kraft ist die Sozialdemokratie berufen, der Welt ein neues Gesicht zu geben. . . .

Aus Klassengegensätzen heraus ist die deutsche Arbeiterbewegung entstanden. Klagengegensätze wird es geben, solange es eine kapitalistische Wirtschaftsweise gibt. Aber es gibt auch gemeinsame Interessen, die den Arbeiter mit dem Unternehmer verbinden. Unsere Arbeiterschaft lebt von der Industrie, namentlich vom Exporthandel. Wird dieser vernichtet, so wird der Arbeiter mehr geschädigt als der Unternehmer. Der Kapitalist kann sein Geld herausziehen und einen anderen Unternehmer, auch im Ausland, zuführen. Der Arbeiter, wenn er keine Arbeit mehr hat, ist ruiniert. Man hat wohl gesagt: was liegt daran, wenn der Arbeiter in Deutschland keine Erziehung mehr hat, er wandert eben aus und wendet seine Arbeitskraft anderwärts an. Das ist heute nicht mehr so einfach, und zum Kulturbürger auf fremdem Boden sind uns unsere deutschen Arbeiter zu gut. Trotz aller Gegensätze zum heutigen Staat ist der Arbeiter auch mit dem Staat verbunden.

Man sagt, wenn die deutschen Arbeiter dafür eintreten, daß der deutsche Exporthandel nicht zugrunde gehe, sondern gefördert werde, so sei das Imperialismus, Arbeiterimperialismus. Lassen Sie sich durch dieses Wort nicht ins Bodhorn jagen. Sie wissen, was es für den Arbeiter bedeutet, lohnende Arbeit zu haben. Diese will er sich nicht durch andere wegnehmen lassen. Wenn man das Imperialismus nennen will, nun gut, diesen Imperialismus können wir vertreten. Wir haben vieles zu verbessern am Staat. Wenn wir jedoch etwas erreichen wollen, so müssen wir uns eins fühlen mit dem deutschen Volk. Nur dürfen wir uns nicht beiseite stellen und sagen: Was geht uns der Staat, was geht uns das Vaterland an. Gewiß, es geht uns auch nach dem blutigen Krieg nicht alles in einem einzigen Harmoniebrei auflösen. Der Kampf der Parteien wird wieder beginnen. Denn ohne Kampf ist kein Fortschritt möglich. Die deutsche Sozialdemokratie ist der Souverän, der das deutsche Volk in Ordnung bringen muß. Aber eine solche Ordnung darf sich nicht in hohlen Phrasen erschöpfen, sondern muß eine Kraft werden. Unter diesem Gesichtspunkte, daß wir Kraft werden, daß wir Einfluß gewinnen, ist unsere ganze Tätigkeit in dem neuen Deutschen Reich, das wir erkämpfen wollen, zu beurteilen. Wer Kraft in sich fühlt, der fürchtet sich nicht vor Neuem, Unerprobtem, sondern fängt auch einmal etwas an, was er bis jetzt noch nicht getan hatte; der fürchtet nicht immer, sich selber zu verlieren. Jeder neuen geistigen Bewegung empfinden Hemmungen: erstens daß sie neu ist, und zweitens, daß sie gegen das reine Prinzip verstößt. Aber Nietzsche hat gesagt: Wenn es die Situation erfordert, ändere ich meine Taktik an einem Tage hundertmal. . . .

Was sollen wir tun, um das Reich nach unseren Wünschen umzugestalten. Wollen und dürfen wir den Gedanken einer Revolution nach dem Kriege aufkommen lassen? Diese Frage ist unbedingt zu verneinen. Wenn wir den Staat durch eine Revolution auch nur in Erhaltung bringen, so würden alle Feinde, die wir mit den Waffen niederzukämpfen hoffen, in unser Vaterland eindringen und über das uneinige, zerrißene Volk herfallen. Das wäre das Ende des Deutschen Reiches und des deutschen Volkes.

Unsere Aufgabe ist, das Reich und seine Einrichtungen zum Organ unserer politischen Ziele zu machen. Dazu müssen wir uns jedoch an der Arbeit um die Förderung des Vaterlandes beteiligen. Sichern wir beiseite, so verzichten wir von vornherein auf die politische Mitwirkung im Reich. Mit unseren Bestrebungen ist es unvereinbar, wenn wir davon reden, daß wir mit diesem Reiche nichts zu tun haben wollen. Unvereinbar ist auch

das Gerede von einer Revolution, denn wir täuschen uns damit eine Kraft vor, die wir nicht haben, und einen Willen, dessen Anwendung niemand einstellt. Die „Gleichheit“ schrieb vor einigen Monaten, daß die Arbeiter auf die Kriegserklärung hin mit revolutionären Taten antworten würden. Die Militärbehörde bewies einen guten Humor dadurch, daß sie diesen Artikel als gänzlich ungefährlich freiließ. Hat jemand, der sich so täuscht, noch das Recht, im Namen der Genossen zu sprechen, hat er nicht das Recht vermisst, als Führer angesehen zu werden? Die deutsche Arbeiterschaft hat bewiesen, daß mehr Kraft im Handeln liegt, als in Redensarten und Phrasen.

Nirgends außer Rußland sind die Kämpfe gegen die organisierten Arbeiter so giftig geführt worden, wie bei uns vor dem Krieg, immer unter der Behauptung, die deutschen Gewerkschaften sind sozialdemokratisch und die Sozialdemokratie wird das Vaterland in der Stunde der Gefahr im Stich lassen. Bei diesen Behauptungen war viel bewußter Schwindel, aber auch viel gutgläubiger Irrtum. Immer aber sind es diese Phrasen gewesen, die den Verstand abgaben für eine rüchtrische oder schlanose Handhabung der Befehle. Heute ist das Gegenteil erwiesen. Heute können wir deshalb auch verlangen, daß wir als völlig gleichberechtigt angesehen werden. Ich erinnere an die Handhabung des Vereinsgesetzes, an die Verletzung des Koalitionsrechts der Arbeiter durch das Terrorismandiktum. Heute steht fest, daß das Reich gerettet worden ist durch das Solidaritätsgefühl, das die Arbeiter in ihren Gewerkschaften gelernt haben. Davon müssen wir den Nutzen ziehen, solange das Eisen noch heiß ist. Wir müssen verlangen, daß das Koalitionsrecht und das Vereinsgesetz befreit werden von den würdelosen Fesseln. Das ist kein Tauschgeschäft, sondern ein Recht, das wir verlangen können und das man uns lange vorenthalten hat.

Wie eingeeengt war das freie Wort in Deutschland. Heute können wir verlangen, daß die politischen Rechte nicht eingeeengt, sondern erweitert werden. Denken wir an die sozialen Kriegsmagnahmen. Wieviel haben Staat und Gemeinde in die Hand genommen von dem, was bis vor kurzem als heiliges Privateigentum galt. Und ist das nicht genug, aber es ist die erste Stufe einer Treppe, die wir hinaufsteigen wollen. Wir müssen verlangen, daß es vorwärts geht in der Versicherung gegen Arbeitslosigkeit auf der Grundlage der Beteiligung der Gewerkschaften. Bezüglich weiterer

Stellung zum Militarismus

ist nicht immer klar unterschieden zwischen Militarismus und der Verteidigung des Vaterlandes. Die Verteidigung des Vaterlandes ist eine Notwendigkeit. Und wenn wir das erkannt haben, so müssen wir auch

die Mittel zur Verfügung stellen,

die zu diesem Zweck gebraucht werden. Die Kämpfer sind unsere Brüder, und wenn wir sie gut ausrüsten, schützen wir unser eigenes Fleisch und Blut. Das ist keine Begeisterung für den Völkermord, sondern Schutzmaßnahmen, die wir uns schuldig sind. Weibst noch das System, das wir bekämpfen. Auch in dieser Richtung hat der Krieg eine große Wandlung vollzogen. Wo sind heute noch die Unterschiede des Standes, der Konfession und der politischen Meinungen? Sozialdemokraten und Juden können heute Offiziere und Unteroffiziere werden. Heute sind Heer und Volk eins. Es liegt an uns, mit dafür zu sorgen, daß das auch nach dem Krieg so bleibe.

Wir wollen den Staat umgestalten nach unseren Ideen und Bedürfnissen. Wir wollen das Schwert nicht niederlegen, das wir seither gegen Ungerechtigkeit und Bedrückung benützt haben. Wollen wir den Staat nach unseren Wünschen umgestalten, so dürfen wir nicht so tun, als wäre dieser Staat für uns nicht da. Wie kleinlich sind heute die Streitfragen, die in unseren Kreisen ausgefochten worden sind. In Frankreich treten Guesde und Sembat in das Ministrium ein. Wo wollte, sie hätten das früher getan. Vielleicht wäre dann Frankreich nicht in diese ungeheure Abhängigkeit von Rußland gekommen.

Wir dürfen aber nicht nur verlangen, sondern wir müssen den Bedürfnissen des Staates Rechnung tragen. Wie kleinlich erscheint uns der

Streit um die Budgetbewilligung,

der jahrelang in unseren Reihen getobt hat. Ich halte es nicht für ein unbedingt erforderliches Ergebnis einer demokratischen, oppositionellen Partei, immer das Budget zu bewilligen, aber ich halte es auch nicht für unrecht, wenn es unter Verächtlichung der Umstände bewilligt wird. Heute bewilligen wir blank zweimal fünf Milliarden, ohne daß wir wissen, wie sie verwendet werden einer Regierung, der wir früher nicht einmal einen Nachwächter von 600 M. bewilligt haben. Denken Sie an den Streit über Königshof und Hofgänger. Keiner denkt daran, sich anzubiedern bei hochgestellten Herren. Stolz und frei stehen wir auch den Fürsten gegenüber da als Männer gegen Männer. Auch die Fürsten tun ihre Schuldigkeit in der Verteidigung des Vaterlandes und es erscheint uns heute recht torrid, uns darüber zu entrüsten, ob man dem Staatsoberhaupt die Höflichkeit entgegenbringen dürfen, die wir keinem Menschen verweigern. Unsere republikanische Gesinnung wird dadurch in keiner Weise berührt. Wohl waren immer einzelne unter uns, die diese Kleinigkeit benutzt haben, um die Parteigenossen gegeneinander aufzuhetzen. Die Stunde der Gefahr hat uns zusammengeführt, und nun werden wir uns nicht wieder gegen einander aufbringen und auseinanderreißen lassen. (Lebhafter Beifall.) Wollen wir auf freiem Grund als freies Volk stehen, so muß die Sozialdemokratie die Führung aller freiheitlichen Elemente übernehmen. Aller Welt müssen wir sagen: Die Sozialdemokraten sind nicht gekommen, die staatsbürgerlichen Freiheiten zu zerschneiden, sondern sie zu erfüllen. Fichte hat einmal gesagt: Deutsch sein heißt, eine Sache um ihrer selbst willen tun. Darum weg mit allen kleinlichen Gesichtspunkten. Auch unsere Partei ist nur ein Mittel zum Zweck. Nur diesem Zweck haben wir uns dienstbar zu erweisen, koste es uns auch vieles von dem, was wir bisher heilig gehalten haben. Auch das wäre kein Schaden, wenn die Freiheit und der große soziale Fortschritt davon abhängt. Worte bedeuten nichts, Taten bedeuten alles. Deutsches Wesen soll immer eingedenk sein, daß es dem höchsten Ziel dient: der Erhöhung des Menschengeistes und deutscher Art. Uns Deutschen ist die Aufgabe anvertraut, die geistigen Schätze aller Völker zu bewahren und die Menschheit höher zu bringen. So vermählt Rationalismus mit Internationalismus, so verbindet sich die Sozialdemokratie mit dem heutigen Staat, aus dem sie hervorgegangen ist als die Führerin eines freien Volkes. (Starker, anhaltender Beifall.)

Wir sind dem Genossen Heine dankbar, daß er so ohne Umschweife sein Zukunftsprogramm entwickelt. Im Vertrauen auf Kaiser und Kämmler lehnt er für die Gegenwart jede selbständige Parteifaktion ab. Während des Krieges muß sich die Sozialdemokratie darauf beschränken, die Regierung im Verein mit den anderen Parteien, die Heine während der Kriegszeit als Bundesgenossen betrachtet, mit aller Kraft zu unterstützen. Nach dem Kriege wird seiner Anschauung nach die Sozialdemokratie zu einer Arbeiterpartei werden, die nach demokratischen und sozialpolitischen Reformen strebt. Die Redereien von Revolution sind sinnlos. Die Stellung zum Staat muß sich ändern. Der Militarismus, der in diesem Kriege seinen Charakterwandel vollzogen hat — Juden und Sozialisten können Offiziere werden — muß seine berechtigten Ansprüche auch von der Sozialdemokratie erfüllt sehen; die Budgetverweigerung ist sinnlos und hat höchstens einmal als taktisches Mittel ihre Berechtigung, der Streit um Kaiserhof und Hofgänger ist vorüber. Wir müssen Einfluß gewinnen, umbekümmert um die sogenannten „reinen Prinzipien“.

Wir meinen, daß Genosse Heine mit diesen Ausführungen das ausdrückt, was in der Tat das Ziel eines großen Teils der Führerschaft ist, und wir

sind weit entfernt, in solchen Reden, die jetzt freilich nicht die genügende Erörterung finden können, etwa eine „Dauerberei“ gegen die bisherige Parteilichkeit, wie sie die Parteitage festgelegt hatten, zu erblicken. Im Gegenteil, wir meinen, daß nicht früh genug die Aufmerksamkeit der Masse der Parteigenossen und Gewerkschaftsmitglieder auf diese Ziele der Umwandlung der Sozialdemokratie in eine national-soziale Reformpartei gerichtet werden kann. Denn bei der Masse steht schließlich die Entscheidung.

Obige Zeilen waren bereits geschrieben, als wir folgendes Schreiben vom Genossen Heine erhielten:

Werte Genossen!

Sie veröffentlichten aus einer vorgestern von mir in Stuttgart gehaltenen Rede einen Satz. Die Ueberschrift: „Konsequenzen. Ein Bekenntnis des sozialdemokratischen Abgeordneten Heine zu Kaiser und Reich“, die Sie ihm gaben läßt keinen Zweifel über die Absicht, die Sie damit befolgen. Die Genossen bitte ich, ihr Urteil über meinen Vortrag zu bilden aus dem ausführlichen Bericht, der in der „Schwäbischen Tagwacht“ von gestern gestanden hat und den der „Vorwärts“ nicht abwarten konnte, sowie aus der stenographischen Aufnahme, die in Buchform erscheinen wird.

Von dem Satz aber, den der „Vorwärts“ zitiert, habe ich nicht ein Wort zurückzunehmen, und möchte nur der Vollständigkeit wegen darauf hinweisen, daß sein Grundgedanke übereinstimmt mit folgenden Worten:

„Unumwunden erkennen wir, heute ja nicht zum ersten Male, an, daß Wilhelm II. sich durch seine Haltung namentlich in den letzten Jahren als aufrichtiger Freund des Völkertums bewährt hat. Sofern es menschlicher Fähigkeit und gutem Willen überhaupt gegeben wäre, souverän die Geschicke von vielen Millionen im Sinne der Menschlichkeit und der Zukunft zu entscheiden, bräuchten die Befürchtungen in der augenblicklichen Lage nicht zu groß zu sein.“

Wo hat das gestanden? — Im Leitartikel des „Vorwärts“ vom 30. Juli 1914.

Ich bitte Sie, diese Zuschrift zur Kenntnis der Leser des „Vorwärts“ zu bringen.

Mit Parteigruß

Wolfgang Heine,
M. d. R.

Genosse Heine sieht, daß auch wir ungebildet waren, seine Ausführungen möglichst vollständig dem Urteil der Genossen zu unterbreiten. Aber wir finden es nicht schön, daß Genosse Heine uns zu Schwurzeugen seiner Ansichten machen will, die wir heute so wenig teilen wie je. Der Satz aus dem Artikel des „Vorwärts“ sagt in dem Zusammenhang, in dem er steht, keineswegs das, was Heine sagt, und der beste Beweis dafür ist, daß wir diesen Zusammenhang heute gar nicht wiedergeben können. Daß Heine sich der Methode bedient, aus einem Artikel, der in einer ganz anderen Situation für den Tag und aus dem Tag geschrieben war, einen Satz zu reißen, um uns für Ansichten verantwortlich zu machen, die nicht die unseren sind, hat uns wirklich gewundert.

Aus der Partei.

Eine Erklärung des Vorstandes der rumänischen Sozialdemokratie.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands erstattet dem Sekretär der sozialdemokratischen Partei Rumäniens, D. Marinescu, folgende Zuschrift:

Werte Genossen!

In der ausländischen sozialistischen und bürgerlichen Presse wurden allerorts Gerüchte über den Besuch des Genossen Sudecum in Rumänien verlautbart.

Um die Tatsachen richtigzustellen, erlauben wir uns Ihnen folgendes zur Kenntnis zu bringen:

Genosse Sudecum kam nach Rumänien im Monat September vorigen Jahres. Gleich bei unserem ersten Zusammentreffen hob er hervor, daß er uns keinerlei offizielle Mitteilungen zu machen habe; er sei von der Partei hierzu nicht beauftragt, sondern sein Besuch sei rein persönlicher Natur. Nach diesem Vorbehalt fragte uns Genosse Sudecum, ob wir zu einer Unterhaltung privaten Charakters bereit wären, um uns über die Lage der sozialistischen Bewegung angeichts des Krieges zu informieren.

Da wir seit Ausbruch des Krieges keine verlässlichen Nachrichten über die Haltung der deutschen Sozialdemokratie hatten, diese vielmehr bloß in dem verstümmelten Wids sahen, das die hiesige bürgerliche Presse von ihr entwarf, um sie gegen uns auszuspielen, waren wir sehr froh über die dargebotene Gelegenheit, von einem deutschen Genossen, dazu noch einem Mitgliede des Reichstages, über die Stellungnahme der deutschen Partei beim Kriegsausbruch unterrichtet zu werden.

Wir gingen also auf diesen Vorschlag ein und versammelten uns — meistens Creditmitglieder, aber auch andere Genossen — in einem Restaurant, wo wir 2 bis 3 Stunden gemüthlich beieinander saßen und über die aktuellen Ereignisse, insbesondere über die Bewilligung der Kredite durch die deutschen Sozialdemokraten, über die Perspektiven des künftigen Friedens, über die Internationale und über die Aussichten und Absichten der deutschen Partei diskutierten.

Bei dieser Unterhaltung verhehlten wir nicht unsere Besorgnis über die Haltung der Sozialdemokraten in den kriegführenden Staaten, sowohl was die Bewilligung der Kriegskredite als auch was die unserer Ansicht nach, nationalistische Tonart eines Teiles der Presse derselben betrifft.

Aber hier wollen wir nicht die tiefe Meinungsverschiedenheit zwischen Genossen Sudecum und uns darlegen, sondern bloß den absolut privaten Charakter dieser Diskussion feststellen. Wir betonen, daß unsere Diskussion bei dieser „Mission“ des Genossen Sudecum nicht um Haarsbreite die Grenze einer privaten Besprechung überschritten hat. Es war dies aber eine Besprechung zwischen Genossen, die, solange sie zur Internationale gehören, Gefühle der Kameradschaft und des Vertrauens einander entgegenbringen.

Was den „Unwillen“ und das „unliebsame Aussehen“ betrifft, das die „Mission“ des Genossen Sudecum nach einer angeblichen Neuerung eines rumänischen Genossen in Berlin bei den Vorfahren Genossen erregt hat, so erklären wir, daß niemand zu einer derartigen Neuerung berechtigt war. Ueberdies behauptet der betreffende Genosse, der keinem unserer Komitees angehört, daß ihm im Mitteilungsblatt der Stuttgarter Genossen eine Neuerung zweifellos wird, die er niemals getan hat, und daß die ganze „Affäre“ auf einem Mißverständnis zu beruhen scheint.

Wir wünschen mit diesem unserem Schreiben die Diskussion, die über die sozialistische Taktik im gegenwärtigen Kriege geführt wird — soweit sie uns betrifft — auf die Bahn der Wahrheit zu lenken.

Wenn Sie es für notwendig halten, so bitten wir diese Erklärung im „Vorwärts“ zu publizieren, worauf wir sie unsererseits in der „Lupta“ erscheinen lassen werden.

Die Danziger Genossen nahmen in einer sehr stark besuchten Mitgliederversammlung des Bezirkswahlvereins zum Weltkrieges Stellung. Nach einem ausführlichen Referat des Genossen Bartel, der die Haltung der Fraktion vertrat, ergangte gegen eine Stimme eine Resolution zur Annahme, in der sich die Versammelten mit der Stellungnahme unserer Reichstagsfraktion einverstanden erklärten. Am Schluß der Resolution wird der Erwartung Ausdruck gegeben, daß die Regierung sofort zweckmäßige wirtschaftliche Maßnahmen durchführt, insbesondere die Beschlagnahme der Kartoffeln anordnet. Die

Danziger Militärverwaltung wird ersucht, ihre Unterstützungsmaßnahmen den Ausführungsbestimmungen des Reichskanzlers und der zuständigen Minister anzupassen. Jetzt lasse die Stadtverwaltung die Angehörigen der Kriegsteilnehmer in schwerer wirtschaftlicher Sorge.

Parteiliteratur.

Das belgische Graubuch. Soeben erschien im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, als fünftes Heft der Sammlung „Dokumente zum Weltkrieg“ das Material, das die belgische Regierung zum Krieg veröffentlicht hat.

Von der Sammlung liegen nunmehr vor: „Das deutsche Weibbuch“, „Das englische Weibbuch“ (2 Hefte), „Das russische Orangebuch“, „Das belgische Graubuch“. Als nächstes Heft wird „Frankreichs Gelbbuch“ zur Ausgabe gelangen. Alle Buchhandlungen halten die „Dokumente zum Weltkrieg“ vorräthig.

Jugendbewegung.

Arbeiter-Jugend.

Zu soeben erschienene Nr. 5 des 7. Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: Weibliche Tapferkeit. Von Luise Ritz. — Fichtes Reden an die deutsche Nation. Von Fritz Eisner. (Schluß.) — Toneske. Eine Erinnerung von Fritz Sepp. (Schluß.) — Was wir den Turen verdanken. Von J. Stanzel. — Das Geheimnis des Todes. (II.) Von Alex. Lischütz. (Mit Abbildungen.) — Ferdinand Lassalle „Frang von Sidingen“. Von R. Berner. — Aus der Jugendbewegung. — Jarenmahl. Gedicht von Marie Eugenie de la Gracie.

Gewerkschaftliches.

Zur Sicherung des Kohlenbedarfs.

Der zweitägige Streik der Bergarbeiter auf der Castellengrube hat ein grelles Licht auf die Arbeitsverhältnisse im ober-schlesischen Steinkohlenrevier geworfen. Er kam plötzlich wie die Windsbraut in der Nacht, so daß im ersten Moment alle, auch die Leitungen der Bergarbeiterverbände, davon überrascht waren. Bei näherer Prüfung der Arbeits- und Lohnbedingungen sowie der Behandlung der Arbeiter durch einzelne Unterbeamten wurde der Streik erklärlich und entschuldbar, wenn er auch von den Organisationen nicht gutgeheißen werden konnte. Es hatte sich so viel begründete Unzufriedenheit angeammelt, daß es verwunderlich erscheint, daß die Arbeiter mit berechtigten Beschwerden an ihre vorgesetzten Beamten wandten, wurden sie mit ungehörigen, ja direkt beleidigenden Redensarten abgefertigt. Es steht zwar nach einer solchen Abfertigung durch die Unterbeamten dem Beschwerdeführer auf Grund der für die ober-schlesischen Bergwerke gültigen Arbeitsordnung der weitere Beschwerdebeweg offen, der darin besteht, daß die zu erhebende Beschwerde bei dem nächsten Vorgesetzten desjenigen angebracht wird, gegen den sie sich richtet, und daß danach dieselbe, wenn erforderlich, bei dem jetzoilich nächsten Vorgesetzten erhoben wird, bis zuletzt bei dem Repräsentanten bzw. Vorstand des Bergwerks. Nach einer Ablanzelung durch die Unterbeamten haben aber die Arbeiter keine Lust mehr, den weiteren Beschwerdebeweg zu beschreiten. Unter Berücksichtigung dieser Sachlage, wird man auch die wilden Streiks im Bergbau zerschlagen, wird man auch der Streik auf der Castellengrube.

Im Bergbau ist der Ausbruch eines Einzelstreiks deshalb eine besondere Gefahr, weil sich fast regelmäßig auch andere Belegschaften anschließen. Die Geschichte der Bergarbeiterkämpfe hat dafür Beweise genug. Das liegt aber nicht etwa an einer besonderen Streiklust der Bergarbeiter, sondern daran, daß sie unter gleichen Verhältnissen leiden und immer Grund zur Unzufriedenheit vorhanden ist. So war es auch jetzt wieder in Oberschlesien. Am 11. Februar verweigerte die Belegschaft der Castellengrube die Anfahrt, am 12. Februar folgte ein Teil der Donnerstagsgrube und auf anderen Schächten „wadelte“ es nur so.

Es werden jetzt große Anforderungen an die Bergarbeiter gestellt. Der Kohlenbedarf im Inland und in Teilen des neutralen Auslandes ist groß. Große Mengen Kohle werden jetzt bei der Geschütz- und Geschosfabrikation sowie durch unseren gewaltigen Transportmechanismus verschlungen. Die Nachfrage ist aber auch deshalb noch besonders stark, weil mit Kriegsbeginn der Import englischer Kohle fortgefallen ist. Diese hatte an den Hafenplätzen der Nord- und Ostsee sowie namentlich in Groß-Berlin starke Absatzgebiete gemonnen. Im Jahre 1913 wurden allein nach Ostdeutschland fast 4 Millionen Tonnen eingeführt. Die heimischen Bergwerksbesitzer empfanden diese Konkurrenz schon lange als lästig und arbeiteten an ihrer Beseitigung. Der Krieg hat vorläufig diese Aufgabe gelöst. Hoffentlich verstehen sich die Unternehmer mit den Bergarbeitern so ins Einvernehmen zu sehen, daß sie auch dauernd gelöst bleibt.

Oberschlesien ist das zweitgrößte Steinkohlenrevier Deutschlands. Im Jahre 1913 betrug hier die Kohlenförderung 43 800 000 Tonnen. Das ist die Hälfte der Menge, die im Ruhrrevier gemonnen wird. Die Leistung des einzelnen Kohlenarbeiters übertrifft in Oberschlesien wegen seiner starken Kohlenflöße, die bis zu 14 Meter Mächtigkeit aufweisen, die aller anderen Reviere. Sie betrug 1913 pro Arbeiter 355 Tonnen. Diese Förderleistung ist um so höher anzuschlagen, weil der prozentuale Anteil der bei der Kohlen-gewinnung beschäftigten Arbeiter geringer ist, als in anderen Revieren. Durch die Mobilmachung sind nun große Lücken in die Belegschaft gerissen, die um so nachteiliger wirken, als die geündesten und leistungsfähigsten Arbeiter eingezogen wurden. Vor Kriegsbeginn waren im ober-schlesischen Steinkohlenbergbau 129 387 Arbeiter beschäftigt und am Schluß des 3. Quartals 1914 waren es noch 97 272. Das ist ein Abgang von rund 25 Proz. Diese Zahl hat sich inzwischen noch erhöht. Die Nachfrage nach Kohle ist aber nicht entsprechend geringer geworden, sondern höchstens nur um 10 bis 15 Proz. gemunkelt. Diese Differenz soll nun auf jede Art weit gemacht werden. Aber es wird keine Verständigung mit den Arbeitern und ihren Organisationen gesucht, sondern einfach diktiert. Das ist ein durchaus falscher Weg. Die Vertreter der Bergarbeiterverbände müßten über den Kohlenbedarf genau unterrichtet werden. Mit der alten Auffassung, keine Besprechung und Verhandlung mit diesen, muß auch im Bergbau gebrochen werden. Sie ist der Zeit, in der wir leben, nicht mehr würdig. Jetzt wird mehr oder weniger Zwang zum Verfahren von Ueberhörsichten und Ueberstunden ausgeübt. Die Hoffnung, auf diese Weise den Kohlenbedarf dauernd sicherzustellen, ist trügerisch. Das Verfahren von möglichst vielen Ueberstunden und Ueberhörsichten ist nicht nur

Von dem guten Willen der Arbeiter, sondern auch von der körperlichen Verfassung abhängig. Das muß beachtet werden. Die Tätigkeit im unterirdischen Grubenbetrieb reißt Kraft und Gesundheit auf, wie die Statistiken über Krankheiten und Lebensdauer der Bergarbeiter beweisen. Der jetzt geübte Abergang war noch nie ein probates Mittel, um Grobes zu leisten. Verständigung mit den Arbeiterorganisationen tut nötig, um Mittel und Wege zu finden, für die Sicherstellung des Kohlenbedarfs. Das sollte die Regierung einsehen und in diesem Sinne wirken.

In einer Notiz des „Berliner Lokalanzeiger“ über die Donnersmarckhütte heißt es, daß der Betrieb infolge starker Nachfrage nach Haupt- und Nebenprodukten noch weitgehend ausgedehnt werden könnte, wenn man nicht mit dem Arbeitermangel zu rechnen hätte. Doch auch darin sei in letzter Zeit eine Besserung eingetreten, nachdem der ober-schlesische Montanindustrie von der Seeresverwaltung 9000 im Bergbau und Grubenfache bewanderte Kriegsgefangene überwiesen worden seien. Wo und in welchen Betrieben sie beschäftigt werden sollen, ist noch nicht bekannt. In einer gemeinschaftlichen Eingabe der Bergarbeiterverbände an den Herrn Minister für Handel und Gewerbe wird vor einer Beschäftigung dieser Leute im unterirdischen Grubenbetrieb gewarnt. Man weist auf die damit verbundene Gefahr hin, die nicht nur für die Arbeiter, sondern auch für den Grubenbetrieb entstehen könnte. Das ist wohl zu beachten. Kriegsgefangene werden gegen ihren Willen in unserem Land gehalten. Nur wenige werden dafür dankbar sein und dann auch nur für die Dauer des Krieges. Ein Fanatiker kann im Grubenbetrieb leider eine unübersehbare Katastrophe herbeiführen. Dann hätten wir zu dem Schaden noch den Spott der Feinde. Aus Westfalen kommt schon die Kunde, daß dort die unterirdische Beschäftigung von Kriegsgefangenen stattfindet. Es ist davon im Interesse der Sicherheit des Grubenbetriebes und seiner Arbeiter abzuraten.

Dringend muß vor Lohnkürzungen gewarnt werden. Wir leben in einer teureren Zeit. Wenn die Bergarbeiter ihren großen Kräfteverbrauch nicht durch die Zuführung von stärkenden Nahrungsmitteln ersetzen können, dann ist es bald aus. Derartiges zu sagen, sollte ja überflüssig sein. Leider ist es das nicht. In Oberschlesien zeigte der Lohn bis zum Jahresabschluss eine starke rückgängige Tendenz. Arbeiterauschmittgliedern, die dagegen protestierten, wurde gesagt, sie sollten sich freuen, daß sie überhaupt noch arbeiten könnten und von der russischen Inflation verschont worden seien. Das hörte sich so an, als sollten die Arbeiter zum Dank dafür umsonst arbeiten. Wie es nun im neuen Jahr bestellt ist, läßt sich wegen der Kürze der Zeit noch nicht übersehen. Lohnkürzungen sind mit Rücksicht auf die Teuerung und den gestiegenen Kohlenpreis nicht gerechtfertigt. Die Löhne ober-schlesische Kohle ist auf Beschluß der Kohlenkonvention seit 1. Januar um fast 2 M. gestiegen. Es ist daher wohl anzunehmen, daß die Werke trotz des Krieges und vermindertem Belegschaft mit Gewinn arbeiten. Das ist aber bei den ober-schlesischen Besitzungen schwer nachzuweisen, weil sie größtenteils Familienbesitz sind. Die Namen Balleström, Giesche, Donnersmarck, Bley, Schaffgotsch, Thiele-Winler usw. geben davon Kunde. Es ist gewiß ein billiger Wunsch, wenn die Arbeiter verlangen, daß man sie in dieser Zeit mit Lohnkürzungen verschont. Sie haben keine Rücklagen, weil ihnen das auch in regulärer Zeit die Lohnhöhe nicht gestattet. Sie leben von ihrem täglichen Verdienst und müssen sich sehr einschränken, um damit durchzukommen. Ein Festhalten der Werke an der Lohnhöhe, die vor dem Kriege bestand, würde die Arbeitslust steigern und darum gewiß der Förderleistung keinen Abbruch tun. Es würde sich als Kraft erweisen, die wohlwollend wirkt und Gutes schafft.

Ferner fordern die Bergarbeiterverbände in der schon genannten Eingabe an den Herrn Handelsminister die Schaffung eines Einigungsamtes zur friedlichen Vermittlung und Beilegung von Streitigkeiten, die sich aus den Fragen des Lohnes, der Arbeitszeit und der persönlichen Behandlung zwischen Unternehmer und Arbeiter ergeben. Die Errichtung einer solchen Institution wäre von dauerndem Wert. Hoffentlich sieht man das auch an maßgebender Stelle ein.

Eine Beachtung der vorstehend ausgesprochenen billigen Wünsche würde die Möglichkeit schaffen, den Kohlenbedarf dauernd mit heimischen Arbeitern zu sichern.

Berlin und Umgegend.

Teuerungszulagen für städtische Arbeiter.

Die städtischen Arbeiter von Berlin, Charlottenburg, Neukölln und Lichtenberg haben an die Gemeindeverwaltungen einen Antrag auf Zahlung einer Teuerungszulage von wöchentlich 3 M. gestellt. Sie begründen ihren Antrag mit der enormen Preissteigerung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel und der Tatsache, daß in einzelnen Betrieben der Städte schon Aufbesserungen des Stundenlohnes bis zu 20 Pf. erfolgt sind. In der Begründung wird ferner gesagt: Wir können nicht verantwortlich gemacht werden dafür, daß gewisse für die Volksernährung in Frage kommende Interessentengruppen so wenig Gemeinheits- und soziales Bewußtsein zeigen, indem sie, unbestimmt um die Notlage der Nation durch irrwellose und durch die Marktlage nicht berechnete Preistreiberie sich übernormalen Geschäftsgewinn zuschangen.

Deutsches Reich.

Beendigung des Streiks in der Königshütte C/S.

Die Verhandlungen der Hüttenverwaltung mit den streikenden Arbeitern des Sandbagenerwerkes der Königshütte haben zu dem Ergebnis geführt, daß die gesamte Belegschaft von achtzig Mann am 22. Februar früh die Arbeit nach einwöchigem Streik wieder aufgenommen hat. Den Ausständigen ist auf die Akkordpreise eine Lohnzulage von 8,50 M. pro Tonne gewährt worden.

Während damit in dieser Abteilung des Werkes die Lohnbewegung beendet ist, dauern die Verhandlungen über die Forderung der Kesselfeiger noch an.

Aus Industrie und Handel.

Beschlagnahme der Getreidevorräte in Oesterreich.

Wien, 2. Februar. (M. T. B.) Eine heute erlassene kaiserliche Verordnung verfügt die Sperre über alle am 21. Februar vorhandenen Vorräte an Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Reis sowie an Mahlprodukten, mit Ausnahme von Mehl, 300 Gramm Getreide oder 240 Gramm Mahlprodukte pro Kopf dürfen täglich verbraucht werden. Ausnahmebestimmungen beziehen sich auf Vorräte für Angehörige des Haushaltes, für Wälder und Züchter, auf Saatgetreide sowie auf die Säferfütterung für Pferdehalter.

Weiter wird eine durch die Gemeinden vorzunehmende Aufnahme der Vorräte unter Mitwirkung von Behörden be-

stimmte Verkauftsmänner angeordnet, wobei nicht rechtzeitige oder unrichtige Beantwortung der Fragen mit Arrest oder Geldbuße bestraft wird. Die Enteisungsvorschriften enthalten eine wesentliche Erweiterung. Für enteignete Produkte wird künftig nicht mehr der Höchstpreis, sondern ein um 10 Proz. geringerer Satz gezahlt. Zur Durchführung der Aufnahme der vorhandenen Vorräte wird eine unter staatlicher Aufsicht und Einflußnahme stehende Getreide-Verkehrsanstalt ins Leben gerufen.

Die politischen Bezirksbehörden oder die Gemeinden werden ermächtigt, die Abgabe von Brot und Mahlprodukten zu bestimmen, die Verkaufsstunden zu regeln und die Herstellung von Einheitsbrot anzuordnen. Ferner sind Bestimmungen über die Herstellung und den Verkauf von Brot und Backwaren erlassen worden; ebenso sind Anordnungen über den Ausdruck und Maßzwang vorgegeben.

Die vorläufige Verheimlichung von Vorräten an Getreide oder Mahlprodukten, die Beschädigung oder Zerstörung gespeicherter Vorräte und die Entziehung des Saatgutes seiner Bestimmung wird mit strengem Arrest bzw. Geldbuße bestraft.

Das Deutsche Reichsschuldbuch.

Die Einrichtung des Reichsschuldbuches ist für diejenigen bestimmt, die Gelder in Deutscher Reichsanleihe anlegen wollen, aber nicht geneigt sind, für die Aufbewahrung von Wertpapieren und die Einlassierung von Zinsscheinen selbst Sorge zu tragen. Die Schuldbuchgläubiger erhalten keine Wertpapiere und keine Zinsscheine, sondern haben eine verlässliche Buchforderung an das Reich. Ihr Recht beruht lediglich auf der Eintragung im Schuldbuch, so daß sie gegen die Gefahr geschützt sind, durch Verlust oder Vernichtung von Schuldscheinen oder Zinsscheinen Schaden zu erleiden. Die Eintragung in das Reichsschuldbuch erfolgt gebührenfrei. Die Zinsen erhalten die Buchgläubiger jeweils einige Tage vor Fälligkeit ohne besonderen Antrag durch die Post zugesandt. Sie können aber auch, falls sie dies vorziehen und einen entsprechenden Antrag stellen, die Zinsen bei den Reichsbankanstalten oder bei öffentlichen Kassen erheben oder sie ihrer Sparkasse oder Genossenschaft überweisen oder überlassen lassen oder durch Vermittlung eines Bankhauses usw. in Empfang nehmen.

Um zur Benutzung des Schuldbuches anzuregen, pflegen bei der Auflegung von Anleihen den Zeichnern, die die Eintragung ins Schuldbuch beantragen und sich verpflichten, ihre Forderung während einer gewissen Sperrfrist im Schuldbuch stehen zu lassen, Vorzugsbedingungen bewilligt zu werden. Auch bei der jetzt aufgelegten Reichsanleihe wird den Schuldbuchzeichnern, die sich einer Sperrfrist bis zum 15. April 1918 unterwerfen, eine Preisermäßigung von 20 Pf. (98,30 statt 98,50) für je 100 M. Remmert gewährt. Für die Schuldbuchzeichner werden besondere Zeichnungsscheine (auf rotem Papier) ausgegeben, die zugleich die Angaben enthalten, welche der Zeichner machen muß, damit die Eintragung in das Schuldbuch bewirkt werden kann.

Wie schon gesagt, erhält der Schuldbuchzeichner zunächst weder Wertpapiere noch Zinsscheine. Er kann aber später nach Ablauf der Sperrfrist, wenn er aus irgendeinem Grunde Wertpapiere zu erhalten wünscht, seine Forderung im Schuldbuch löschen und sich dafür Anleihefälligkeit nebst Zinsscheinen im gleichen Nennbetrage anreichern lassen. Es bedarf dazu nur eines beglaubigten Antrages an die Reichsschuldenverwaltung und der Entrichtung einer kleinen Gebühr (75 Pf. für je 1000 M., mindestens aber 2 M.). Es sei indessen darauf hingewiesen, daß das Schuldbuch seiner ganzen Einrichtung nach nur für solche Gläubiger bestimmt ist, die ihr Geld auf längere Dauer in Deutscher Reichsanleihe anlegen wollen und die Absicht haben, ihre Forderung bis auf weiteres im Schuldbuch zu belassen. Solchen Zeichnern kann die Benützung des Schuldbuches dringend empfohlen werden. Dagegen werden diejenigen Zeichner, die von vornherein die Absicht haben, sich die Stücke schon bald nach Ablauf der Sperrfrist anreichern zu lassen, guttun, von der Benutzung des Schuldbuches überhaupt abzusehen.

Die Eintragung geschieht erst, nachdem die Anleihe voll bezahlt ist. Ueber die erfolgte Eintragung erhält der Gläubiger von der Reichsschuldenverwaltung eine Benachrichtigung, die aber nicht die Eigenschaft eines Wertpapiers hat und deren Verlust oder Beschädigung deshalb keinen Schaden bringt. Bei der gewaltigen Größe des Anleihegeschäftes wird die Durchführung der Eintragung natürlich geraume Zeit beanspruchen, und es kann daher geschehen, daß der Zeichner erst nach Monaten in den Besitz der Benachrichtigung kommt. Jegendwelche Nachteile erwachsen ihm hierdurch nicht. Alle Mitteilungen der Reichsschuldenverwaltung erfolgen als portofreie Dienststücke, nur die jeweilige Uebersendung der Zinsen geschieht portofrei im Postkassenverfahren.

Soziales.

Hohe Lebensmittelpreise — niedrige Landarbeiterlöhne.

Während die Landwirte jetzt sehr hohe Preise für die landwirtschaftlichen Produkte erzielen, sind die Löhne, die sie den Landarbeitern zahlen, vielfach äußerst niedrig. Von der ostpreussischen Bevölkerung ist infolge des Krieges ein großer Teil nach dem Westen abgewandert, und jetzt bemüht sich die ostpreussische Landwirtschaftskammer, die Landarbeiterfamilien wieder zur Rückkehr nach Ostpreußen zu bewegen. Ihre Vertrauensleute suchen die Blütlingsquartiere ab, um mit den einzelnen Familien zu unterhandeln. Vom Vorstehenden der Landwirtschaftskammer werden die Landarbeiter ersucht, ihren jetzigen Aufenthaltsort dem Landrat anzugeben.

Die Landarbeiter erhalten, wenn sie in ihre Heimat zurückkehren, Wohnung und Naturalien, und zwar für die Arbeitskraft und Woche mit Ausnahme der gelegentlich mitarbeitenden Kinder: 1 Pfund Schweinefleisch, 1 Pfund Fleisch, 30 Pfund Kartoffeln, 7 Liter Roggen- und 3½ Liter Vollmilch und ½ Pfund Salz nebst 18 Pfund Roggen pro Monat.

An Tagelohn wird gezahlt: 1. für Männer und starke Jungen, die beide mähen können, 1,40 M. bis Ende September, außer der Ernte; während der Ernte fünf Wochen 2 M., vom 1. Oktober ab 1,30 M.; 2. für Frauen, Mädchen und Jungen 1,20, 1,50 und 1,10 M.; 3. für Jungen und weniger kräftige Mädchen, sowie ältere, nicht mehr vollkräftige Personen 0,80, 1,20 und 0,70 M. Für das Füttern von Pferden und Vieh außerhalb der Arbeitszeit wird an Wochentagen 30 Pf. Tagelohn, für Sonn- und Feiertage 50 Pf. gewährt. Es wird weiter gegeben: gemeinschaftliche Wohnung, nach Geschlechtern getrennt; gemeinschaftliche Feuerstätten zum Kochen und Waschen; Feuerung und Beleuchtung und außerdem für jede Person ein Strohsack und eine wollene Decke.

Man sieht also, daß die Unterbringung der Familien eine höchst primitive ist und ein Familienleben kaum ermöglicht. Aber auch Lohn und Deputat sind sehr niedrig. Wenn man den Berechnungen über den Wert des Deputats schon die letzten Höchstpreise für den Kleinhandel in Königsberg zugrunde legt, so macht der wöchentliche Geldwert des Deputats 6,90 M. aus. Der Lohn für einen vollleistungsfähigen Arbeiter beträgt — von den paar Wochen der Ernte abgesehen — 8,40 M. Rechnet man schon hinzu, daß jeder Arbeiter für das Pferdefüttern bezahlt wird — was nicht immer der Fall ist —, so kommen noch 1,70 M. hinzu.

und der Gesamtsatz nebst Deputat beträgt pro Woche 17 M. Das ist schon sehr hoch gerechnet. In den fünf Wochen der Ernte erhöht sich zwar der Lohn noch um 1,80 M. pro Woche, dafür sinkt er aber vom 1. Oktober um 0,90 M. Hat der Landarbeiter kleine Kinder, und kann seine Frau nicht ständig arbeiten, was bei kleinen Kindern meist nicht möglich ist, so ist sein Einkommen sehr dürftig. Zurzeit liegen die Dinge so, daß für Erd- und Bauarbeiten, sowie für andere gewerbliche Arbeiten das Doppelte und noch mehr an Lohn gezahlt wird, wozu noch der Vorteil einer wesentlich kürzeren Arbeitszeit kommt.

Ein Zeugnis mit Tintenstift.

Man sollte gar nicht glauben, auf welche Ideen einzelne Arbeitgeber verfallen, um dem Angefallten ein ihm gerichtlich zugesprochenes Zeugnis zu verleiern.

Ein Buchhalter hatte nach langem Prozessen gegen eine Metallwarenfabrik beim Berliner Kaufmannsgericht ein Zeugnis erstritten, das ihm die Firma nach erfolgter Strafandrohung seitens des Gerichts auch tatsächlich ausstellte. Das Zeugnis war aber nur mit Tintenstift unterzeichnet, der eine Name der Doppelfirma war ganz dünn aufgetragen, und an einer Stelle war die Unterschrift radirt. Da die Gesellschaft im guten zur Abänderung nicht zu bewegen war, mußte der Buchhalter wiederum den Klageverlauf beschreiten. Das Kaufmannsgericht und das Berliner Landgericht III hielten sich beide auf dem Standpunkt, daß der Beschäftigte ein mit Tinte unterschriebenes Zeugnis verlangen könne, und verfügte, daß Beklagte bei Vermeidung einer bestimmten Strafe im Weigerungsfall ein ordnungsgemäßes Zeugnis auszustellen habe. Mag die Zeichnung mit Tintenstift, so heißt es in der Begründung, sonst üblich sein oder nicht, für ein Zeugnis muß jedenfalls die mittels Tinte gefertigte Unterschrift als erforderlich bezeichnet werden. Denn das Zeugnis soll dem Inhaber wiederholt in seinem späteren Vorkommen behilflich sein. Er muß es bei jeder Verwendung vorlegen. Erfahrungsgemäß vermindert sich aber das mit einem Tintenstift gefertigte Schriftstück mit der Zeit, es kann daher die Echtheit angezweifelt werden. Dazu kommt hier noch, daß die Natur leicht Mißtrauen gegen den Zeugnisinhaber erwecken kann.

Nachdem auch die Strafandrohung ohne Erfolg blieb, beschloß das Kaufmannsgericht, die angeordnete Strafe des Landgerichts über die Gesellschaft zu verhängen. Hierbei stellte das Kaufmannsgericht noch fest, daß die Unterschrift so dünn aufgetragen ist (ob mit oder ohne Absicht, bleibe dahingestellt), daß sie schon jetzt kaum lesbar ist.

Berichtszeitung.

Titel- und Ordenshändler.

Unter der Anklage des Betruges und der Unterschlagung wurde gestern der Händler Siegmund Wilhelm Dobschiner aus der Untersuchungshaft, in der er seit über einem Jahre sitzt, der Strafkammer des Landgerichts III vorgeführt.

Der Angeklagte, ein russischer Staatsangehöriger, ist schon im Jahre 1900 aus dem Gebiet des preussischen Staates und im Jahre 1910 aus dem Königreich Sachsen als lästiger Ausländer ausgewiesen worden, weil er trotz Verwarnung den Ausstellungs-, Lebens- und Titelschwindel immer wieder betrieb. Aus dem Jahre 1910 stammen noch die beiden Unterschlagungsfälle, die ihm jetzt zur Last gelegt werden: er soll sich der Unterschlagung von Goldwaren, die ihm kommissionarisch anvertraut waren, schuldig gemacht haben. Nach seinen Ausweisungen siedelte er nach London über und betrieb sehr alles Gewerbe mit frischen Kräften. Unter dem Namen Dr. Brud, Sampson, Glas u. a. erließ er in deutschen und auswärtigen Zeitungen Anzeigen, zum Teil auch unter Chiffre-Adressen, in denen er Rat und Hilfe zum Erwerb des Doktortitels in absentia anbot. Es meldeten sich Titelfürstige in sehr großer Zahl. Diefen Leuten, die dem Angeklagten durch ihre Eitelkeit ins Garen getrieben wurden, nahm dieser unter den verschiedensten Vorwänden Geldbeträge, die in einzelnen Fällen bis zu mehreren tausend Mark hinaufgingen, ab. In den meisten Fällen lieferte er den Geschädigten nichts, in einzelnen Fällen wurden sie durch wertlose Ausstellungsdiplome belüßt. Das hiesige Gericht hat sich nur mit acht solcher Betrugsfälle zu beschäftigen, da Dobschiner nur in diesem Anlaufe ausgeliefert worden ist. Belsch hat er seine Dienste an „zur Beschaffung der in Deutschland ohne weiteres erlangbaren Doktorwürde der Universität Bern“. Nach seiner Behauptung bedürfe es nur einer Dissertation und einer Erwerbung der Ehrenmitgliedschaft der „Academie Toulouse“. Zur Begehung solcher Angelegenheiten mußte er angeblich persönlich nach Bern reisen und ließ sich außer dem Houpthonorar auch die angeblichen Reisekosten bezahlen. Unter Hinweis auf seine „höchsten und allerhöchsten“ Verbindungen versprach er 1911 die Beforgung von Ehrendiplomen zur goldenen Jubiläum einer Pariser Ausstellung, andere wollte er mit in- und ausländischen Orden beglücken, diesen verließ er den Professortitel der Akademie Toulouse, jenem den Dokortitel honoris causa der Universität Moskau oder auch den Professortitel des Herzogs von Sachsen-Coburg-Gotha.

Nach den Ermittlungen der Anklagebehörde hat der Angeklagte gar keine „höchsten und allerhöchsten“ Verbindungen, auch handelt es sich bei den Doktor- und Professortiteln, die er ausbot, nicht um staatlich anerkannte Institute, sondern um schwindelhaftige Unternehmungen von Privatpersonen. Insbesondere soll die „Academie Toulouse“ ein derartiges, längst eingezogenes Unternehmen sein, auf jeden Fall konnte die Mitgliedschaft zu ihm niemals die Erwerbung der Doktorwürde zur Folge haben.

Der Angeklagte war zum Teil gehandigt, blieb aber dabei, daß er „hohe Verbindungen“, u. a. den Kronprinzen Danilo von Montenegro zur Verfügung gehabt und mit ihrer Hilfe tatsächlich einer Anzahl Personen den Dokortitel, Generalkonsulate südamerikanischer Staaten, den spanischen Orden Arzobisporien usw. besorgt habe. Auf den Handel mit Dokortiteln will er durch eine Inserat in einer hiesigen Tageszeitung gekommen sein, in dem ein Dr. Freyer seine Dienste zur Erlangung der Doktorwürde in absentia anbot. Dieser, ein ehemaliger Referendar, ist auch mitbeschuldigt, sieht aber heute nicht mit unter der Anklage, weil er im Felde steht. Mit diesem trat Dobschiner in Verbindung, die jedoch sehr einseitig war, denn er schickte nur in einem Falle an Dr. Freyer 100 M.; in den übrigen blieben von ihm gezogene Gelder in seiner Tasche, während die Dissertationen von ihm einfach in den Papierkorb geworfen wurden. Die Erwerbung der Ehrenmitgliedschaft der „Academie Toulouse“, die er als Vorbildung für den Doktor hinstellte, forderte er ganz auf eigene Kasse. Die Restanten, die sich darauf einließen, mußten ihm 325 M. zahlen und erhielten dafür nur ein schönes Kreuz, am Bande als Orden zu tragen. Ihm selbst kostete die Geschichte nur etwa 100 M.

Das Urteil lautete auf 1 Jahr 6 Monate Gefängnis unter Anrechnung von 1 Jahr 2 Monaten auf die Untersuchungshaft und 3 Jahre Ehrverlust.

Intimes aus einer Fabrik.

In böse Sittenzustand leuchtete eine am Dienstag vor dem Reichsgericht stattgefundenen Verhandlung hinein.

Das Landgericht Bautzen hat am 17. November den in der Papierfabrik zu Sittau angeheirateten Kaufmann Alfred Hüber gegen Verführung eines unehelichen Mädchens unter 16 Jahren zu 4 Monaten Gefängnis und wegen fälschlicher Bezeugung eines anderen Mädchens zu 50 M. Geldstrafe verurteilt. In beiden Fällen handelte es sich um ein Mädchen, das in der Fabrik tätig war. Das zweite Mädchen hatte sich gegen 50 Pf. unzüchtige Bezeichnungen durch den Angeklagten gefallen lassen. Auf seine Revision wurde der Angeklagte vom Reichsgericht soweit freigesprochen, als er wegen fälschlicher Bezeugung des zweiten Mädchens verurteilt worden ist, weil nicht festgestellt ist, daß die jugendliche Arbeiterin in der Handlungsweise des Angeklagten eine Verletzung ihrer Geschlechtsrechte erlitten hat. So weit der Angeklagte wegen Verführung zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt worden ist, wurde jedoch keine Revision vermessen.

Die Verstädtlichung der S. E. W.

Einen für die Berliner Gemeinde weittragenden Beschluß hat der Magistrat gefaßt. Er hat beschlossen, die Berliner Elektrizitätswerke zu verstädtlichen. Für diesen Beschluß war, wie aus dem Rathause berichtet wird, in Rücksicht auf die inzwischen erfolgte Gestaltung der Verhältnisse für einen Widerstreit der Meinungen innerhalb des Magistrats und für die Entscheidung einer Mehrheit gegen eine Minderheit kein Raum mehr. Die Braunkohlensfelder in Wolpa-Geheiß, von denen aus durch eine der A. G. O. nahegelegene Fernkraftgesellschaft die Versorgung Berlins mit Strom in Aussicht genommen war, sind jetzt im allgemeinen Interesse für andere Zwecke bestimmt. Aus diesem Grunde kam daher für den Magistrat eine andere Lösung der Angelegenheit als die Uebernahme der Werke in städtische Verwaltung nicht mehr in Frage.

Der Magistratsbeschluß macht endlich allem Zweifel und aller Unsicherheit in der Frage der S. E. W. ein Ende. Lange hat man geschwankt, ehe dieser Entschluß zustande kam. Sehr lebhaft ist gekämpft worden, ob man nicht den gemischt-wirtschaftlichen Betrieb einführen sollte. Zuletzt entstanden neue Komplikationen dadurch, ob man nicht mit dem Staat zusammengehen könne. Schließlich tauchten auch Bedenken auf über die Aufbringung der Mittel in der jetzigen schwierigen Zeit, die die Uebernahme erfordert. Aber alle diese Bedenken und Schwierigkeiten sind zu überwinden, wenn der Zeitpunkt der Uebernahme der Werke in den Betrieb der Stadt nicht auf Jahre hinaus, vielleicht für immer verpaßt werden sollte. Was für hunderte anderer Städte Deutschlands seit Jahren möglich ist, dürfte auch für Berlin nicht unmöglich sein. Es sollte nicht angehen, auf die Dauer die Erzeugung von Kraft und Licht in den Händen einer Privatgesellschaft zu lassen. Mit vollem Recht sagt die „Deutsche Tageszeitung“ mit der wir sonst nicht übereinstimmen: „Dieser weitgehende Beschluß des Magistrats ist von der Bürgererschaft mit Dank und Anerkennung zu begrüßen. Bedeutet er doch zum ersten ein Freiwerden der Stadt aus der großkapitalistischen Umklammerung der Elektrizitätswerke, zum andern die Vorbedingung für ein einträgliches Gemeindefortschrittliches und zugleich für eine Entlastung der Konjunktur. Die Stadtverordneten werden, wenn sie gut beraten sind, dem Beschlusse sichtlich beistimmen.“

Der Magistratsbeschluß dürfte auch von tief einschneidender Bedeutung in finanzieller Hinsicht werden. Es ist bekannt, daß die Gemeinden in dieser Kriegszeit stark belastet werden; auch die Zukunft wird an die Gemeindefinanzen dauernd große Ansprüche stellen, zumal die den Gemeinden zugewiesenen Aufgaben sich ständig erweitern. Diese Ansprüche zu befriedigen, erfordert steigende Mittel. Die Gemeinden sind im wesentlichen auf die Gemeindefinanzströme angewiesen, neben der Grund- und Gewerbesteuer und Umsatzsteuer. Aufbarsteuern und andere kleine Steuern können der Gemeinde nicht viel helfen.

Ein neues Werk kann aber auch den Gemeindefinanzen viel nützen, wie das Beispiel aller Städte zeigt. In Berlin wird sogar die Elektrizitätsversorgung durch die Stadt in Verbindung mit der Gasversorgung den Konjunktur und der Gemeindefinanz gleichzeitige Vorteile zu statten kommen. So betrachtet, erscheint der Magistratsbeschluß als eine Tat, die der Bürgererschaft vielfachen Nutzen bringt und, und es ist zu hoffen, daß auch die Stadtverordnetenversammlung diesen Beschluß zu den ihrigen machen wird.

Die Verwertung von Brachland Groß-Berlins.

Nachstehende Darlegungen, um deren Aufnahme wir gebeten werden, lassen die Vermögen zusammen, brachliegendes Gelände in Groß-Berlin zum Gemüse- und Kartoffelanbau zu verwerten: „Um den dringend notwendigen Anbau von Gemüse und Kartoffeln während des Krieges auf den Groß-Berlin umgebenden brachliegenden Ländereien herbeizuführen, haben sich in Berlin drei Organisationen gebildet, welche Hand in Hand miteinander arbeitend den gleichen vaterländischen Zwecken dienen. Dreierlei ist ihre Aufgabe:

- 1. Heranziehung alles vorhandenen Brachlandes, soweit es sich zum Anbau von Gemüse und Kartoffeln eignet, für die Dauer des Krieges.
2. Beschaffung der erforderlichen Düngemittel und des Saatgutes.
3. Gewinnung und Organisierung der für den Anbau erforderlichen Arbeitskräfte.

Die drei Organisationen, die sich zu diesem Zwecke gebildet haben, sind die Genossenschaft für landwirtschaftliche Verwertung von Baugebieten, der Kriegsausgleich der Groß-Berliner Laubkolonien und der Kriegsausgleich für Gemüseanbau.

1. Die Genossenschaft, deren Mitglieder auf jeden Gewinn verzichtet haben und deren Vorstand nur aus Ehrenbeamten besteht, hat von Gemeinden, Territorialgesellschaften und einzelnen Grundstücksbesitzern schon jetzt über 4000 Morgen Brachland unentgeltlich zugewiesen erhalten. Die Genossenschaft hat Düngemittel und Saatgut in ausreichender Menge zur Verfügung. Das ihr anvertraute Land wird, soweit es sich nach sachverständigem Urteil zum Anbau von Kartoffeln oder Gemüse eignet und Spatenkultur wegen der Beschaffenheit oder der Lage des Grundstücks nicht in Frage kommen kann, im Großbetriebe gepflügt und geegelt. Das so bearbeitete Land, das sich zum Gemüseanbau eignet, wird gegen die Gesteuergesellschaften, die höchstens 100 M. für den Morgen (15 M. für das Los) ausmachen werden, in kleineren Losen (1/2 bis 1/3 Morgen) Pächtern zum Gemüseanbau zur Verfügung gestellt. Diese können dann geeignetes Gemüse ziehen, wozu ihnen die Pflanzen oder das Saatgut geliefert werden. Sollten die Gesteuergesellschaften geringer sein, was wahrscheinlich ist, so wird um den entsprechenden Betrag der Pachtpreis gemindert. Schließlich werden bei geeigneten Flächen neben dem Kartoffelland noch 100 Quadratmeter Gemüseland zur freien Verfügung gegeben. Die Erträge kommen den Pächtern allein zugute. Das Land, das sich zum Gemüseanbau nicht eignet, wird außer der Bedeckung und Düngung mit Kartoffeln bestellt und dann zu Losen von 1/2 Morgen Pächtern gegen die Gesteuergesellschaften, die höchstens 150 M. für den Morgen (25 M. für das Los) ausmachen, überantwortet. Die Pächter werden also lediglich die Kartoffeln zu beackern und nachher zu ernten haben. Selbstverständlich kommt auch ihnen der ganze Ertrag zugute.

2. Hand in Hand mit der Genossenschaft arbeitet der Kriegsausgleich Groß-Berliner Laubkolonien. Auch seine Tätigkeit erfolgt mit ehrenamtlich. Die Kriegsausgleich haben sich die wichtigsten Verbände und Organisationen der Laubkolonisten angegeschlossen, so daß er mehr als 12 000 Laub-

kolonisten umfaßt. Seine Aufgabe ist eine doppelte. Er ist der Genossenschaft bei der Herauslösung von Brachgelände behilflich und bemüht sich, der Genossenschaft die nötigen Pächter zu verschaffen. Außerdem liegt ihm aber noch eine zweite sehr wesentliche Aufgabe ob. Eine Reihe von Grundstücken eignet sich wegen ihrer Beschaffenheit oder Größe nicht zur Bestellung im Großbetriebe. Außerdem befindet sich in der Nähe der bestehenden Laubkolonien altes Kulturland, das von den Laubkolonisten durch Spatenkultur für den Gemüse- und Kartoffelanbau nutzbar gemacht werden kann. Erfahrene Laubkolonisten werden dieses Kulturland, das sie unentgeltlich vom Kriegsausgleich erhalten, unter voller Ausnutzung ihrer Arbeitskraft selbst umgabeln, düngen und mit Gemüse oder Kartoffeln nach näherer Anweisung des Kriegsausgleichs bestellen. Dem Kriegsausgleich steht natürlicher Dünger zur Verfügung. Auch die Beschaffung von künstlichem Dünger und der Ankauf von Saatgut ist in die Wege geleitet worden. Schließlich werden infolge großzügiger Maßnahmen der Gartenbaudirektion Berlin Pflanzlinge für den Gemüseanbau zur Verfügung gestellt werden können. Der Kriegsausgleich gibt für die besten Erwartungen hin, daß die Laubkolonisten aus patriotischem Pflichtgefühl und auch im eigenen Interesse sich an der Bestellung dieser Ländereien beteiligen werden. Sowohl die Genossenschaft wie der Kriegsausgleich der Laubkolonien haben eine Reihe von Unteranschüssen lokaler Natur eingerichtet, deren weiterer Ausbau zurzeit erfolgt. An Stellen, die noch bekannt gemacht werden, sollen Pläne anhängen, aus denen die Lage der einzelnen Grundstücke zu ersehen ist. In diese Stellen, denen zugleich die sachverständige Beratung obliegen wird, wird sich der Bewerber um Land zu wenden haben.

Wer noch Land besitzt, das sich zur Bestellung durch Laubkolonisten eignet, wolle dies sogleich für die Dauer des Krieges, auf jeden Fall für das Jahr 1915 unentgeltlich dem Kriegsausgleich für Laubkolonien zu Händen seines Vorsitzenden, Regierungsrats Dr. Schulz, Berlin W. 10, Königin-Augusta-Str. 26 — Telefon Lützow 4122 — zur Verfügung stellen.

Jedermann beteiligt sich mit seiner Familie an dem großen Werke, indem er ein Stück Land übernimmt. Wer schon im Gemüseanbau erfahren ist, wende sich zum Anbau von Gemüse an den Kriegsausgleich Groß-Berliner Laubkolonien oder die Genossenschaft Charlottenstr. 60, um entweder geeignetes Brachland oder von der Genossenschaft gepflügtes und geegelt Land zu übernehmen.

Wer noch keine Erfahrung im Gemüseanbau hat oder nicht über so viel freie Zeit verfügt, wie es der Gemüseanbau erfordert, übernehme ein Stück bestelltes Kartoffelland allein oder mit anschließenden 100 Quadratmeter Gemüseland zur eigenen Verfügung. Sachkundiger Rat für die weitere Bearbeitung wird ihm jederzeit erteilt, die aufgewandten Kosten machen sich durch das Ertragsergebnis reichlich bezahlt, zumal der Zahlungsmodus — geringe wöchentliche Abschläge — es auch Unbemittelten ermöglicht, solches Land zu übernehmen.

Wer sein Land zu übernehmen vermag, zeige dadurch sein Interesse, daß er der gemeinnützigen Organisation Beiträge zuwendet. Beiträge sind zu senden für den Kriegsausgleich Groß-Berliner Laubkolonien an Herrn Alexander Jänisch, Berlin, Emdenstraße 70, für den Gemüseanbau an Herrn Regierungsrat Döpfer, Berlin, Charlottenstr. 60.

Verlustlisten.

- Die Verlustliste Nr. 188 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:
1. Garde-Reg. u. Gren.-Bata. Inf.-Bata. Regimenter Nr. 8, 10, 16, 21, 33, 39, 46, 49, 57, 59, 63, 64, 65, 77, 78, 79, 80, 81, 87, 93, 96, 99, 110, 111, 118, 138, 141, 142, 146, 151, 156, 170, 172, 176, Inf.-Reg. Keller, Inf.-Reg. v. Reinhardt; Erf.-Reg. Königsberg 1; Ref.-Inf.-Regimenter Nr. 5, 8, 11, 18, 21, 30, 48, 49, 51, 56, 80, 82, 87, 88, 90, 109, 110, 214, 215, 219, 221, 229; Ref.-Erf.-Reg. Nr. 3; Landw.-Inf.-Regimenter Nr. 5, 33, 51, 52; Brig.-Erf.-Reg. Nr. 30; Landw.-Bataillone Anklam, Königsberg; Feld-Wachmengen.-Zug 24 (siehe Ref.-Inf.-Reg. Nr. 87); Wachmengen.-Truppe Nr. 9.
2. Garde-Drab. 1. Garde-Mannn; Kürassiere Nr. 4, 6; Drag. Nr. 23; Husaren Nr. 3, 4; Mannn Nr. 2, 73; Ref.-Mannn Nr. 2, 5; Erf.-Mannn, Reg. der 4. Landw.-Div.
3. und 6. Garde-Feldart.-Reg., Erf.-Bata.; Feldart.-Regimenter Nr. 5, 7, 9, 11, 14, 18, 19, 35, 41, 42, 46, 47, 50, 53, 59, 61, 62, 73, 75; 1. Reg. der Feldart.-Erf.-Truppe Jüterbog; Ref.-Feldart.-Regimenter Nr. 1, 7, 11, 12, 18.
Fuhart.-Regimenter Nr. 7, 9, 10, 14.
Pion.-Regimenter Nr. 19, 20, 23, 25, 30; Pion.-Bataillone: I. Nr. 2, I. Nr. 5, I. und II. Nr. 6, II. Nr. 11, I. Nr. 17, II. Nr. 26; Pion.-Erf.-Bata. Nr. 2.
Ref.-Eisenbahn-Vaupomp. Nr. 28; Fernspr.-Abt. des 16. Armeekorps; Feldfliegertruppe.
Munitionskolonnen Nr. 2 des Gardekorps; Leichte Munitionskolonnen Nr. 2 (siehe Angabe des Armeekorps).
Landw.-Arb.-Bata. Glogau; Arb.-Kolonne Nr. 28, Ref. Provinzial-Kolonnen Nr. 3; Ref.-Fuhart.-Kolonne Nr. 58 des 10. Armeekorps; Fuhart.-Kolonne Nr. 7 des 17. Armeekorps; Etappen-Fuhart.-Kolonne Nr. 71; Magazin-Fuhart.-Kolonne Nr. 9 der 6. Armee und Nr. 11 des 14. Armeekorps.

Die sächsischen Verlustliste Nr. 112 bringt Verluste der Inf.-Regimenter Nr. 101, 102, 103, 105, 133, 177, 178, 179, 181; Ref.-Inf.-Regimenter Nr. 100, 241, 242, 243, 244; Landw.-Inf.-Regimenter Nr. 101, 106; Landw.-Inf.-Bata.; Dresden, Großenhain, Birna, II. Chemnitz, Glauchau, 4. Leipzig, Burgun; Brig.-Erf.-Bata. Nr. 88; Erf.-Bataillone: Regimenter Nr. 177, 178, 179; Landw.-Reg. Nr. 100; Garde-Reiter; Mannn Nr. 17, 18, 21; Ref.-Mannn; Husaren Nr. 18, 19, 20; Feldart.-Regimenter Nr. 12, 28, 32, 48, 64, 68, 77; Ref.-Feldart.-Regimenter Nr. 24, 63, 64; Fuhart.-Regimenter Nr. 12, 19; Ref.-Fuhart.-Bata. Nr. 12, 19; Erf.-Bata.; Fuhart.-Reg. Nr. 12.

Aus Groß-Berlin.

Kartoffelpreise und Kartoffelknappheit.

Die Festsetzung der Höchstpreise für Kartoffeln hat un erwartete Folgen gehabt, die, wie der „Vossischen Zeitung“ aus den Kreisen der Kleinhandlert mitgeteilt wird, geeignet ist, den privaten Kleinhandel vollkommen lahmzulegen. Es haben sich nämlich inzwischen Kommissionäre aus dem Rheinland und Westfalen in der Mark eingefunden, die große Mengen Kartoffeln zu erheblich höheren Preisen ankaufen, als die hiesigen Händler infolge der Festsetzung der Höchstpreise zu zahlen imstande waren. Landwirte und Zwischenhändler haben natürlich diese Gelegenheit mit Freuden ergriffen, um einen höheren Preis zu erzielen und die Vorräte aus den Kartoffelmieten los zu werden.

Die vielfach geltend gemachte Erschwerung der Zufuhr ist nicht der ausschließliche Grund der Kartoffelknappheit. Verschiedene Produzenten und Großhändler haben einige Tage vor dem Erlaß der neuen Höchstpreise derart hohe Preise für Kartoffeln gefordert, daß dem Händler — mit Einrechnung der Fracht und Abfuhr vom Bahnhof — der Zentner 5,50 M. selbst gekostet hätte. Jetzt bekommen viele Kleinhandlert beim besten Willen keine Kartoffeln; nicht selten erklären ihnen ihre bisherigen Lieferanten, sie rechneten mit einer weiteren Steigerung der Höchstpreise.

Will die Regierung diesen Nahrungsmittelwucher ruhig dulden?

Beschlagnahme der Kartoffeln — der einzige Ausweg.

Die Anglosigkeit der Kartoffelverwertung dürfte — wie der Kriegsausgleich für Konjunkturinteressen mitteilt — allen Kreisen des Volkes nunmehr offenbar sein. Ein Blick in unsere Markthallen und sonstigen Verkaufsstände zeigt besser als alle wissenschaftlichen Belehrungen, daß trotz der von der Reichsregierung in guter Absicht — leider ohne vorherige Bestandaufnahme — erlassenen Verordnung nach wie vor eine riesige Kartoffelmotte besteht. Der Verfall der Kartoffeln ist aber auch jetzt noch kein Einhalt getan, da sie bei dem Fehlen der Viehhöchstpreise immer noch rentabel erscheint, als der Verkauf an Händler. Der Kriegsausgleich erblickt daher in einer Beschlagnahme der Kartoffelbestände den einzigen Ausweg aus den Schwierigkeiten, die außer auf die Lebenshaltung der ärmeren Volksschichten auch auf den Geist unserer Truppen vor dem Feinde einen überaus ungünstigen Einfluß auszuüben geeignet sind. Denn es wird sich schwerlich vermeiden lassen, daß zahlreiche Arbeiter in den Brieven an ihre Männer über die unwürdigen und beunruhigenden Zustände beim Kartoffelverkauf berichten. Das kann nur vermieden werden, wenn die Bevölkerung weiß, daß bei der Verteilung ihres wichtigsten Nahrungsmittels jede Begünstigung bestimmter Erwerbszweige ausgeschlossen und die Versorgung durch die städtische oder staatliche Versorgung von den Kartoffelbeständen wirklich sichergestellt ist. Damit der Reichsleitung der von militärischen Kreisen nicht ungenutzte Schritt zur Beschlagnahme erleichtert wird, bittet der Kriegsausgleich (Berlin W. 35, Potsdamer Straße 56) um Mitteilung aller beim Kartoffelverkauf zutage tretenden Mängel, über die er der Regierung sofort einen Überblick zu geben gedenkt.

Der Wert der Brotmarke.

Wer die amtlichen Bekanntmachungen genau verfolgt hat, mußte am 22. Februar mit dem Wesen der Brotkarte genau vertraut sein. Sie soll nur den Zweck haben, den Verbrauch des einzelnen Individuums fest zu umgrenzen. Es hat aber auch Leute gegeben, die anderer Ansicht waren, nämlich der, für die Brotmarke gäbe es Brot ohne Bezahlung. In den Bäckereien erschienen zahlreiche Personen, die nach Empfangnahme des Gebäcks und Abgabe der Brotmarke ihrer Wege gehen wollten, daß sie von den Verkäufern um Bezahlung ersucht werden müßten. Kaum glaublich aber liegt folgende Mitteilung:

Ein verhängnisvolles Mißverständnis sollte gestern zu einem wahren Aufruhr auf einen Bäckerladen in der Königsstraße führen. Die Ehefrau des Bäckermeisters war des Glaubens gewesen, daß die Brotmarken so gut wie bares Geld seien. Sie war wohl nicht genügend orientiert über die Eigenschaft und den Wert der Brotmarken und meinte, die abgetrennten Marken seien so gut wie bares Geld. Der Staat löse sie später alle gegen die entsprechenden Summen ein. Als nun vorgelassen der Chemant auf längere Zeit dem Geschäft fern war, verkaufte die Ehefrau lästlich Brot, Gebäck, Mehl usw. gegen Brotmarken, Geld wollte sie von den etwas erlaunten Kunden nicht haben. Vielleicht war auch unter den letzteren mancher, der die Brotmarken für neue staatliche „Münzen“ hielt. Als dann der Bäckermeister abends heimkehrte und die Ladenkasse aufzog, um nachzusehen, wie das Geschäft tagsüber gegangen sei, sah er zu seinem Schrecken nicht einen Pfennig, wohl aber einen ganzen Haufen abgetrennter Brotmarken. Ganz treuherzig erzählte ihm die Ehefrau, daß sie nicht anders habe handeln dürfen — nach ihrer Ansicht. Das bide Ende sollte aber erst gestern kommen. Es war bald bekannt geworden, daß in der betreffenden Bäckerei Brot unentgeltlich nur gegen Brotmarken abgegeben werde, und so gab es einen förmlichen Sturm auf die Bäckerei. Diesmal war aber der Bäckermeister auf dem Wiesen. Es dauerte nicht lange, so war der ganze Laden anverkauft und die noch immer noch Vorratenden mußten abgewiesen werden.

Das Brot des Obdachlosen.

Man schreibt uns: Wie in allen städtischen Anstalten, wird auch im städtischen Asyl für Obdachlose der tägliche Bedarf an Brot gegen Gesamtquittung der Anstaltsverwaltung geliefert. Die Obdachlosen erhalten also nach wie vor, ohne daß etwa jeder einzelne eine Brotkarte hat, am Morgen und Abend ihre Brotanteile und ihre Restsuppe. Was machen aber nun die Obdachlosen außerhalb des Obdach? Woher nehmen sie denn, da sie doch in Ermangelung einer festen Wohnung keine Brotkarte haben, ihr Brot? Die im Nachtasyl gereichte Nahrung hält für den ganzen Tag schmerzlich vor. Der Aufenthalt ist hier zur Vermeidung der Abhängigkeit in das Polizeigefängnis höchstens fünf Nächte hintereinander gestattet. Nur einem Bruchteil der Obdachlosen gelingt es, sich nach Ablauf dieser fünf Tage eine feste Wohnung zu beschaffen; die übrigen gehen neben dem Nachtasyl auch der notdürftigsten Verpflegung verlustig. Früher fanden solche Unglücklichen ihre Nahrung einigermaßen durch Betteln. Der Handbettel hat aber nie so schlechte Zeiten gehabt als jetzt während des Krieges. Jeder hält sein Geld zusammen und rechnet infolge der ungeheuren Teuerung mit dem Sechser Brot, das nach der Brotkartenausgabe oft knapp für die Familie ausreicht, will man erst recht nicht an Bettler geben. Für das durch Gelegenheitsarbeit verdiente Geld können die Obdachlosen Brot nicht kaufen. Vielleicht könnte solchen Obdachlosen, die Brot fordern, beim Verlassen des Asyls Brot in kleinen Mengen gegen Bezahlung verabfolgt werden. Das reicht dann über den Tag hinweg.

Mehr Weizenmehl als Roggenmehl.

Angeichts der fortwährenden Knappheit an Roggenmehl hat der Handelsminister auf Antrag der Stadt Berlin gestattet, daß vorläufig bis zum 1. März, Nüssen Weizenmehl mit einem Zusatz von nur 10 Prozent Roggenmehl abgegeben und daß das Weizenmehl in dieser Mischung verwendet wird; sowie ferner, daß bei der Verteilung von Roggenbrot das Roggenmehl bis zu 30 Gewichtsanteilen durch Weizenmehl ersetzt wird. Diese Erlaubnis gilt für den Bezirk der Stadt Berlin und die mit Berlin zur gemeinsamen Regelung der Brotarten zusammengeschlossenen Gemeinden.

Die Gehaltsabzüge bei den Beamten der Nationalbank für Deutschland.

Ins wird geschrieben: Verleichte Börsengeschäfte der Nationalbank für Deutschland haben in nicht geringem Maße auch die Angestellten in Mitleidenchaft gezogen. Die Abschlußgratifikationen, welche bereits im vorigen Jahre erheblich gekürzt wurden, sollen diesmal auf weniger als die Hälfte der vorjährigen herabgesetzt werden. Für die einzelnen Beamten bewegen sich die Abzüge zwischen 200 und 500 M. Wie bekannt, bilden die Gratifikationen einen integrierenden Bestandteil des Einkommens, auf den jeder einzelne rechnet. Die durch den Krieg hervorgerufene Kostlage macht es allen Angestellten vollends unmöglich, auch nur auf einen kleinen Teil der bisherigen Bezüge zu verzichten, zumal die entfallenden Zulagen gänzlich ausgeblieben sind. Die Verhandlungen, welche der Allgemeine Verband der Deutschen Bankbeamten mit der Direktion geführt hat, sind leider resultatlos verlaufen. Die Direktion steht auf dem Standpunkt, daß die Abschlußgratifikation ein Geschenk der Direktion sei, welcher Auffassung die Ansicht namhafter Rechtslehrer gegenüber steht.

Der Abzug beträgt für den eigentlichen Teil der in Betracht kommenden Beamten ca. 175 000 M., in Millionenbetrag der Bank wahrlich eine geringfügige Summe.

Der „Deutsche Bankbeamte“, Organ des Allgem. Verb. d. Dt. Bankbeamten, bemerkt hierzu:

Wenn die Direktion jetzt den Krieg zum Anlaß nimmt, die aus den Geschäften vor dem Kriege herrührenden Verluste abzuwickeln, so mag sie das mit den Aktionären abmachen. Das laufende Geschäft, für das die Beamten mit Einsetzung ihrer ganzen Arbeitskraft und durch Ueberarbeit während der Kriegszeit sich redlich geplagt haben, ist, wie die Direktion selbst sagt, normal gewesen. Also haben auch die Beamten ihre normalen Bezüge weiter zu verlangen. Und solange noch die Direktoren Pensionsgehälter beziehen, ganz abgesehen von ihren Einnahmen aus den zahlreichen Aufsichtsratsstellen, darf nicht an den Gehältern der Angestellten gerüttelt werden. Wenn aus Börsentransaktionen Verluste entstanden sind, so möge man sich an diejenigen halten, die hierfür verantwortlich sind und viele Jahre hindurch sechsstelligen Zantemeerbezüge genossen haben.

Es darf nimmermehr geschehen, daß die Beamten für die Folgen einer verkehrten Geschäftsführung, auf die sie keinen Einfluß haben, haftbar gemacht werden. Der hat erarbeitete Lohn des Angestellten und das Glück seiner Familie dürfen nicht durch den Ausfall von Börsen- und Terrainttransaktionen bestimmt werden.

Die Städtische Straßenbahn und die Aushelfer.

Die Aushilfsbediensteten sind im vorigen Monat an den Verkehrsamt um Aufbesserung ihrer Bezüge, sowie Gewährung freier Tage unter Verzahlung heranzutreten; sie sind aber bis heute noch im unklaren darüber, was aus ihrem Ersuchen geworden ist. Im Betriebe wird das Gerücht verbreitet, die Deputation hätte dem Personal ein Entgegenkommen gezeigt. Das trifft nicht zu. Es hat wohl eine Verhandlung in dieser Angelegenheit in der Deputation überhaupt noch nicht stattgefunden. Sollte es denn nicht möglich sein, innerhalb der vier Wochen den so brennenden Fragen für das Aushilfspersonal näherzutreten? Schnelle Hilfe ist hier doppelt notwendig, einmal um den Personalmangel zu steuern, dann auch im Interesse des Betriebes und des Ansehens der Stadt.

Die Bierpreiserhöhung.

Bekanntlich haben die Brauereien beschlossen, eine Bierpreiserhöhung von zwei Mark pro Hektoliter eintreten zu lassen. Die Gastwirte wollen nun diese Erhöhung auf das konsumierende Publikum abwälzen. Zur Begründung dieser Maßregel verweisen die vereinigten Gastwirtsvereine und Saalbesitzer eine Erklärung, aus der hervorgeht, daß die jetzt von den Brauereien beschlossene Erhöhung bereits die dritte innerhalb acht Jahren ist und sich in dieser Zeit der Preis des Bieres von 15 auf 22 M. erhöht hat. Daneben sind für das Gastwirtsgeerbe auch noch andere Ausgaben entstanden. Diese Ausgaben hat aber meistens das Gastwirtsgeerbe tragen müssen, und nur wenigen bevorzugten Geschäften ist es gelungen, die bisherigen Erhöhungen auf das Publikum abzuwälzen. Auch durch die Erhöhung seiner Bedarfsartikel und der Löhne, durch die steuerliche Belastung und die soziale Entwicklung hat das Gastwirtsgeerbe derart gelitten, daß in den letzten Jahren eine große Anzahl von Wirtschaften geschlossen werden mußte. Die Gastwirte glauben daher, daß in der Öffentlichkeit ihr Vorgehen eine gerechte Beurteilung erfahren wird.

Tempelhof gegen Berlin.

Der Gemeindevorstand von Tempelhof versendet jetzt an die Berliner Presse eine Denkschrift, in der er sich gegen den Vortwurf verteidigt, als ob er die Verhandlungen mit Berlin verzögert oder hintertrieben habe. Berlin sei vielmehr derjenige Teil, der durch den Anlauf des Tempelhofer Feldes durch Tempelhof verärgert sei und infolgedessen der Fortführung der Nord-Süd-Bahn nach Tempelhof fortwährend Schwierigkeiten bereite. Die Gemeinde Tempelhof sieht sich daher veranlaßt, die Regelung der Schnellbahnfrage dem Zweckverband Groß-Berlin zu unterbreiten.

Kartoffelnot.

Der Magistrat teilt mit: Die Stadt Charlottenburg ist schon seit längerer Zeit bemüht, zur Bekämpfung der gegenwärtigen Kartoffelnot größere Zufuhren heranzubringen. Sie hat auch vor einiger Zeit einen Posten durch einen Großhändler an die Kleinändler abgeben lassen, um der dringenden Not abzuhelfen. Am vergangenen Montag ist ein größeres Quantum teils an die in fast bevölkerten Vierteln wohnenden Kleinändler, teils an die Verbraucher selbst in kleineren Mengen abgegeben worden. In den nächsten Tagen ist das Eintreffen weiterer Wagen zu erwarten, die dann ebenfalls der Bevölkerung sofort zugeführt werden.

Wir möchten bei dieser Gelegenheit den Magistrat ersuchen, den Verkauf an die Konsumenten etwas besser zu organisieren. So wird jetzt darüber Klage geführt, daß die Konsumenten im Rathaus die Kartoffeln bezahlen und dann erst noch circa 70 Minuten Weg bis zum Güterbahnhof machen müssen, um die Kartoffeln in Empfang zu nehmen.

Wir glauben, daß es nicht allzu große Schwierigkeiten machen würde, wenn Verkaufs- und Ausgabestellen zusammengelagert würden.

Der städtische Kartoffelverkauf in Potsdam.

Neben den im Einzelverkauf für die Bevölkerung Potsdams erhältlichen Mengen von Kartoffeln hat der Potsdamer Magistrat, um einer weitergehenden Versorgung seiner Bürger mit Kartoffeln zu genügen, größere Kartoffelmengen eingekauft, die er zum Preise von 5 M. pro Zentner frei ins Haus liefert. Von dem Preis sind 50 Pf. als Anfuhrkosten berechnet. Bestellungen nimmt die Stadthauptkasse entgegen. Der Preis ist bei der Bestellung im Voraus zu erlegen.

Mehrforderungen für Hebammendienste.

Von der Wilmersdorfer Kreisrentenkasse erhalten wir folgende Zuschrift: Es ist wiederholt festgestellt worden, daß einzelne Hebammen zum Schaden der Wöchnerinnen den vollen Betrag der laut Notgesetz zu zahlenden 25 M. für sich beanspruchen, ja über diesen Satz noch hinausgehen. Begründet wird diese hohe Forderung damit, daß dieser genannte Betrag nur allein für Hebammendienste bestimmt sei. Diese Anschauung ist aber falsch. Laut Gebührensordnung für die Hebammen im Landespolizeibezirk Berlin hat dieselbe folgende Ansprüche zu stellen: Für die normale Entbindung

ohne Arzt 7,50 M., mit Arzt 9,50 M. Für die anormale Entbindung ohne Arzt 12 M., mit Arzt 14 M. Für Besuche am Tage 1 M., für Besuche bei Nacht 2 M. Die Preise sind bei normalem Zeitaufwand berechnet. In bedürftigen Fällen können die Hebammen nur die Mindestsätze beanspruchen. Es liegt daher im Interesse der Wöchnerinnen, wenn sie bei eventuellen Mehrforderungen zunächst den Rat der Krankenkasse einholen.

Der Bürgermeister Köhler, Adlershof, ist plötzlich verstorben. Köhler war 39 Jahre alt und verwaltete seit 1910 das Amt eines Bürgermeisters.

Gemeindevorstand Tempelhof gefallen. Die Gemeinde Berlin-Tempelhof hat einen schweren Verlust erlitten. Ihr Syndikus und Schöffe Ernst Seyffarth ist in der Winterhalbe in Moskau gefallen. Seyffarth hat zwei Jahre als Nachfolger des jetzigen Bürgermeisters Wiesener den Posten als Syndikus und Schöffe bekleidet.

Billige Kohlen verspricht ein Schwindler, der seit einiger Zeit Zimmervermietungen betreibt. Ein Mann von etwa 35-40 Jahren mietet Zimmer mit voller Beschäftigung und erzählt, daß er Ingenieur und Sohn eines Lokomotivführers sei. Sobald er mit der Vermieterin bekannt geworden ist, bietet er ihr billige Kohlen an, die sein Vater als langjähriger Lokomotivführer vermitteln könne. Die Wittinnen gehen in der Regel auf das außerordentlich günstige Angebot ein und leisten gern die verlangte Anzahlung. Sobald der Mieter diese in der Tasche hat, verschwindet er und nimmt auch noch mit, was er an Schmuck- und Wertgegenständen erheben kann. Der Gauner ist etwa 1,60 Meter groß und schlant, hat einen kleinen blonden Schnurrbart und trägt einen schwarzen Winterüberzieher und einen dunklen Anzug.

Kleine Nachrichten. In dem kürzlich gemeldeten Leichenfund bei Pichelswerder erfahren wir, daß die Leiche ein 21 Jahre altes Dienstmädchen Hulda K. ist, das in einer Berliner Familie in Stellung war. Das Mädchen stand unter dem Verdacht, der Diebstahl 250 M. anverwandt zu haben. Die Leichenschau beschränkt den Diebstahl, erschien aber stark belastet. Bevor die behördliche Untersuchung noch abgeschlossen war, verschwand sie plötzlich und ließ nichts mehr von sich hören. Wahrscheinlich ist sie gleich ins Wasser gegangen. — Töblich verunglückt ist der Berliner Heinrich F. aus der Lottumstraße. F. lud, nachdem er vom Bezirkskommando den Befehl erhalten hatte, einige Freunde zu einem Abschiedsschoppen nach einer Wirtschaft ein. Die Feier dehnte sich lange aus. Als dann die Gäste aufbrachen, mußten sie eine drei Etagen hohe Treppe benutzen. Hierbei kam der Scheidende zu Fall und verletzte sich so schwer am Kopfe, daß er nach dem Krankenhause am Friedrichshagen gebracht werden mußte. Dort starb er am Dienstag. — Der 28 Jahre alte Keller Herford O. aus der Köpenicker Straße hat sich im Johannisthaler Forst erhängt. — Zu einem schweren Zusammenstoß zwischen einem Straßenbahnwagen und einem Frauenwagen kam es gestern in Niederichowstraße, in der Nähe der Kabelwerke. Die beiden Gefährten stießen mit solcher Wucht zusammen, daß der Führer des Straßenbahnwagens, Hermann Schapski, auf den Straßenbahn geschleudert wurde und bewußtlos liegen blieb. Er hatte eine schwere Gehirnerschütterung erlitten und wurde nach dem Reinig-Gilbath-Hospital gebracht. — An der Ecke der Berliner und Reichs-Rail-Straße in Tempelhof fuhr Dienstag vormittag ein Zug der Straßenbahnlinie 70 auf einen an der dortigen Haltestelle stehenden Zug der Linie 73 auf. Beide Wagen wurden beschädigt. Verletzungen von Fahrgästen sind nicht vorgekommen.

Arbeiterbildungsschule. Der Vortrag des Kuriers des Genossen Dr. Lenz: „Weltwirtschaft der letzten 50 Jahre“ fällt heute aus. Der nächste Vortrag findet statt am Donnerstag, den 4. März.

Jugendweibe. Da für Lichtenberg keine Jugendweibe stattfindet, so werden diejenigen Eltern, deren Kinder zu Eltern in die Schule verlassen und sich an der am 21. März für Groß-Berlin stattfindenden Jugendweibe beteiligen wollen, aufgefordert, die Namen und Adressen der Kinder bis spätestens zum 28. Februar an Leopold Jünemann, Lichtenberg, Büllichstr. 38 III, einzuliefern.

Vermieter wird seit dem 22. November 1914 der Reservist Richard Ribbed, 10. Komp. Inf.-Reg. 59. Nachrichten über den Vermieteten erbitten die Eltern, F. Ribbed, Berlin SO 33, Cuvrystr. 35.

Neugeburt. Der Herr, der am Sonntag, den 8. September 1914, abends 10^{1/2} Uhr, den Schaffner des Straßenbahnwagens der Linie Nr. 10 nach dem Lokal Spenerstraße, Ecke Alt-Moabit, brachte behufs Feststellung des Unfalles, den ein älterer Herr und ein junges Mädchen erlitten hatten, wird um Angabe seiner Adresse gebeten an Klamm, Thomafußstr. 25, Quergebäude II.

Reise gesucht. Der Herr, der am Sonntag, den 8. September 1914, abends 10^{1/2} Uhr, den Schaffner des Straßenbahnwagens der Linie Nr. 10 nach dem Lokal Spenerstraße, Ecke Alt-Moabit, brachte behufs Feststellung des Unfalles, den ein älterer Herr und ein junges Mädchen erlitten hatten, wird um Angabe seiner Adresse gebeten an Klamm, Thomafußstr. 25, Quergebäude II.

Reise gesucht. Der Herr, der am Sonntag, den 8. September 1914, abends 10^{1/2} Uhr, den Schaffner des Straßenbahnwagens der Linie Nr. 10 nach dem Lokal Spenerstraße, Ecke Alt-Moabit, brachte behufs Feststellung des Unfalles, den ein älterer Herr und ein junges Mädchen erlitten hatten, wird um Angabe seiner Adresse gebeten an Klamm, Thomafußstr. 25, Quergebäude II.

Kleine Nachrichten.

Lukrativer Postkartenverkauf.

Ueber diejenigen, die den Krieg benutzen, um unter dem Deckmantel der Wohltätigkeit sich auf Kosten des Publikums zu bereichern, schreibt das „Volksblatt für Anhalt“ folgendes: Schlimm sind die brutalen Schmarozker, die sich auf allgemeinen Bedürfnissen aufbauen und aus Bücher mit notwendigen Gütern schändlichen Gewinn ziehen. Nicht ganz so gemeingefährlich, aber noch um einige Prozent schädlicher sind die sentimentalischen, die ihre Niedrigen Congruenzen in das deutsche Gemüt senken und aus ihm Nährstoff zu eigenem Gedeihen ziehen. Das rote Kreuz, die Kriegshilfe, alle die schönen Anstalten, die die Selbstentäußerung zum Besten des großen Gemeinwertes werden und erhalten wollen, müssen ihnen dazu herhalten, einen mehr oder weniger greifbaren Profit zu machen. So hatte sich in Sachsen ein Postkartenhandel „zum Besten des roten Kreuzes“ aufgetan, bei dem die betreffende Firma versprach, 10 Prozent des Reinerlöses dem wohltätigen Zwecke zuzuführen. Preis pro Karte 10 Pfennige. In zwei Monaten wurden 510 000 Postkarten abgesetzt; das laufende Publikum hatte also über 50 000 M. bezahlt — in dem schönen Bewußtsein, damit etwas Erhebliches fürs Vaterland geleistet zu haben. Von diesem Ertragsbetrage hat die Firma ans rote Kreuz abgeführt die Summe von 172 Mark. Jeder, der 10 Pfennige ausgab, hat also das Vergnügen gehabt, dem roten Kreuz den dreifachsten Teil eines Pfennigs geschenkt zu haben. 92^{1/2} Pfennige aber bezahlte er an Unternehmer und Zwischenhändler, deren Dasein ja vielleicht auch nützlich sein mag, ohne daß man es aber eigentlich als eine wohltätige Anstalt ansprechen kann.

Ein jauberer Wohltäter.

Ein empörender Vorfall hat sich vor einigen Tagen in Leipzig ereignet. Eine in den dürftigsten Verhältnissen lebende Frau eines Kriegers hatte in einer Leipziger Tageszeitung ein Inserat aufgegeben, in dem sie eine „edelmütige Herrschaft“ um eine Bettstelle für ihr mehrere Monate altes Kind bat. Sie hatte darin mitgeteilt, daß ihr Mann gefallen ist und hatte auch ihre Wohnung mit angegeben. Darauf stellte sich des Abends in der neunten Stunde ein Mann ein, dessen teurer Pelz und kostbare Ringe Wohlhabenheit verrieten. Der „Edelmütige“ erklärte sich ohne weiteres bereit, die Bettstelle zu „schenken“. Er machte aber die „Schenkung“ davon abhängig, daß sich die Frau mit ihm in ein intimes Verhältnis einlasse. Entrüstet wies die in ihrer weiblichen Ehre und ihrem selbstigen Empfinden schwer verletzte Frau, die erst kurz zuvor die Nachricht vom Tode ihres Mannes erhalten hatte, das dreiste Ansuchen des Lüstlings zurück. Da ähnliche unjauberer Elemente wahrscheinlich noch öfter auftreten werden, ist den Frauen nur dringend zu empfehlen, dafür zu sorgen, daß den dreifachen Durschen das Handwerk gelegt wird.

Zuchthaus für einen Leichenräuber.

Das Feldkriegsgericht in Straßburg (Westpreußen) verurteilte den polnischen Mechaniker Stohlke zu einem Jahr Zuchthaus. Der Verurteilte wurde überführt, auf dem Schlachtfeld gefallene deutsche Soldaten beraubt zu haben. Seine Beute bestand aus einer Taschenlampe und zwei Zwanzigmarschkeinen.

Frauenveranstaltungen.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 1. März, 8^{1/2} Uhr, in der neuen Bilharmonie, Köpenicker Str. 96/97, Vortrag: Die Entwicklung der deutschen Malerei zu Führer und Gründerin. (Mit Bildbüchern.) Referent: Dr. Carl. Gäste, Männer und Frauen, willkommen.

Arbeiter-Zamariterbund, Kolonne Groß-Berlin. Unsere Mitgliedererversammlung findet am Freitag, den 26. Februar, abends 7^{1/2} Uhr, Köpenicker Str. 62, statt. Samtliche Mitglieder haben zu erscheinen.

Lehrabend haben: 1. Abteilung am 1. März, Köpenicker Straße 62. 2. „ „ 1. „ „ Schweinländer Straße 42. 3. „ „ 5. „ „ Schöneberg, Borchgr. 11. 4. „ „ 4. „ „ Lichtenberg, Scharnhorststr. 60. 5. „ „ 5. „ „ Neustadt, Weichstr. 8. 6. „ „ 4. „ „ Charlottenburg, Bismarckstr. 22. Da die Prüfungen dringlich sind, müssen sämtliche Teilnehmer unbedingt erscheinen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Platzstr. 3, IV. 407 rechts, parterre, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Ueber für den Briefkasten bestimmten Anfragen ist ein Zustande und eine wohl als Werkzeuge beizugeben. Briefliche Antworten sind nicht erstreckt. Anfragen, denen keine Abonnementsausweisung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen frage man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Schriftsätze und verglichen bringe man in die Sprechstunde mit.

N. J. 12. Soweit wir unterrichtet sind, bedeutet das G nicht „Gemeintraue“ (diese Bezeichnung kennt die deutsche militärische Amtsprache nicht), sondern „Gassilionsfähigkeit“.

S. J. 91. Pantom. Wegen gebellter Knochenbrüche diebstahlsfähig.

G. S. 50. Ein Tisch, Spiegel und Spiegelbild können bei Ihnen gemietet werden. — U. S. 50. Ihr Vorhaben mit den Möbeln wird jetzt zweifellos sein. Unternehmung kann Ihnen nach Ihrer Darlegung vorzuziehen werden. — U. S. 12. Sie sind ohne Ausforderung zur Zahlung verpflichtet. — U. S. 566. Sie haben immer noch zu viel Körperliche, deshalb sind Sie dienstuntauglich. — U. J. 19. Die Gesellschaft kann klagen. Wegen der Kündigungsmüssen Sie Ihren Vertrag durchbrechen.

Z. S. in Halensee. Das erste Zeichen bedeutet: Wegen geringer Herzleistung dienstfähig; das zweite: Wegen Herzkrankheit landsturm-pflichtig. — U. 777. Der Pfändungsbeschluss wird dem Unternehmer zugestimmt, der den 28.80 M. übersteigenden Vorkosten einbehalten muß. Die Sparkasse gibt Privatens keine Auskunft. — U. 21. 53. Rein.

G. S. 29. Unseres Erachtens müßte die Militärbehörde die Entschädigung leisten. — U. S. 31. Wegen Herzkrankheit dienstuntauglich.

G. S. 47. Diese Zeichen beziehen sich auf die Sehschärfe. — U. S. 51. Wissen wir nicht. — U. S. 35. Es wird als Pflicht angesehen, die Goldmünzen in Kurs zu geben. — G. S. 89. Ihre Meldung wird sehr wenig Aussicht auf Erfolg haben. Aber versuchen Sie es mit einem Gehalt an den Leuzpenteil, bei dem Sie eingestellt werden wollen.

S. R. 100. Kommen Sie mit dieser Frage lieber in unsere Sprechstunde. — U. S. 36. 1. Berechnen Sie gelegentlich mit dem Wert in unserer Buchhandlung, Lindenstr. 3, vor. 2. Den Durchgang durch die Wohnung brauchen Sie nicht zu gestalten. Für beschädigte Sachen können die Schadenersatz verlangen. 3. Fragen Sie bei der Krankenkasse an, ob Ihre Versicherung zulässig ist. — U. S. 109. Rein.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitagmittag: Zeitweise aufklarend, doch überwiegend bewölkt und etwas neblig, im Westen und längs der Küste geringe Niederschläge; in den Mittagsstunden ziemlich mild, nachts wieder etwas kälter.

Meister Vorarbeiter und Einrichter

für Acme, Gröbly und andere Automaten zur Herstellung von Munition- und Maschinenteilen bei hohem Gehalt resp. Lohn zum sofortigen Eintritt bei dauernder Beschäftigung von großer Maschinenfabrik

gesucht. 15/18

Angebote unter K. D. 7841 befördert die Exped. d. Blg.

Wichtige Neuerscheinung!

Die deutsche Sozialdemokratie und der Weltkrieg

von Dr. Paul Lensch

Preis 1 Mark
Ungekürzte Vereinsausgabe 40 Pf.

Aus dem Inhalt: Imperialistische Politik der Großmächte in den letzten fünfzehn Jahren :: Die englische Weltherrschaft u. ihre Erschütterung durch den Krieg :: Der russische Zarismus :: Frankreich u. der Krieg :: Deutsche Vergangenheit und deutsche Zukunft

Zu beziehen durch die
Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 3
und alle Vorwärtsausgabestellen